

# **GROSS handeln**

Jahresmagazin 2024



## Dr. Dirk Jandura Präsident

*Liebe Leserinnen  
und Leser,*

Das Jahr 2024 ist ein besonderes. Es ist das Jahr, in dem wir 75 Jahre Grundgesetz feiern – aber uns zugleich in einer tiefen politischen, wirtschaftlichen und auch demokratischen Krise befinden. Bürger, Unternehmen und Medien verlangen nach Antworten und Wegen, die unser Land in eine bessere, stabile Zukunft führen. Die Europawahl hat in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gezeigt, wie tief die Verunsicherung in ganz Europa ist. Die politischen Ränder werden stärker, die Unzufriedenheit wächst. Politische Entscheidungen werden zunehmend als Mikromanagement, als Gängelung durch unverhältnismäßige Berichtspflichten und als Transformation mit der Brechstange wahrgenommen.

# wir handeln für deutschland

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, ungelöste Fragen der Einwanderung, Mängel in der Infrastruktur, Veränderungsdruck durch Digitalisierung und Fachkräftemangel, der Umgang mit dem Klimawandel, ein sich wandelndes Arbeits- und Zeitverständnis der nachfolgenden Generation – all das beeinflusst und verändert uns. Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Großhandel, den Außenhandel und die damit verbundenen Dienstleistungssektoren werden zunehmend schwieriger. Hohe Energiepreise, Steuern und Sozialabgaben, immer weniger Dynamik, immer geringere Freiräume und neuer internationaler Protektionismus wirken sich auf unsere Wettbewerbsfähigkeit aus. All das sind Aufgaben, bei deren Lösung der Staat eine wichtige Rolle spielen sollte, es aber nicht ausreichend tut. Soweit die negative Sicht der Dinge.

Aber es gibt auch Zeichen der Hoffnung. Unser Land und seine Wirtschaft sind trotz aller Krisen und Herausforderungen erstaunlich gelassen und stabil. Aus der Bundespolitik gibt es diverse Signale, dass die Unternehmen und deren wirtschaftliche Erfolge die Grundlage unserer staatlichen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit sind. Jetzt müssen nur noch die zu dieser Erkenntnis passenden Gesetze in Angriff genommen werden. Vor allem bei den Berichtspflichten muss die Bundesregierung dringend für eine dauerhafte Entlastung sorgen.

Die Europawahlen waren vielleicht auch der Auftakt zu einer EU, die sich ebenfalls nun wieder den großen Aufgaben widmet und die Chancen eines wirtschaftlich starken Europas und eines wettbewerbsfähigen Binnenmarktes erkennt. Auch auf der Ebene der Unternehmen unserer Wirtschaftsstufe gibt es zahlreiche Beispiele, dass Zuwanderung, Digitalisierung und krisenresistente Lieferketten zunehmend als Chance begriffen und hieraus Lösungen für die laufenden Probleme entwickelt werden. Oft sind sie dabei schneller und kreativer als es der Staat sein kann. Und das ist auch gut und richtig so, damit wir das Tal der Stagnation möglichst rasch wieder verlassen.

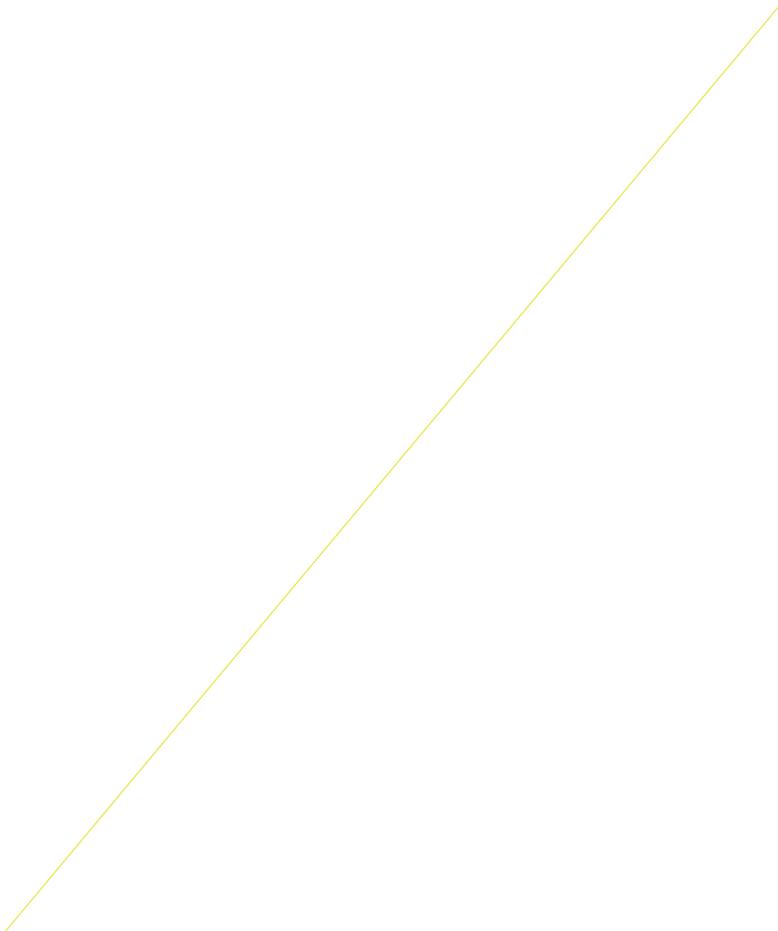
2024 ist auch das Jahr, in dem der BGA sein 75-jähriges Jubiläum feiert. „Wir handeln für Deutschland“ ist das Motto und der Anspruch unseres Verbandes für den diesjährigen Unternehmertag und darüber hinaus. Der BGA ist als bundesweiter Spitzenverband die Stimme unserer Wirtschaftsstufe in Berlin und Brüssel. Und sie wird gebraucht. Denn ohne die Arbeit des Großhandels, des Außenhandels und der Dienstleistungen stünde unsere Wirtschaft still. Ob Bau- oder Impfstoffe, ob Agrar, Holz oder Flüssig-

**OHNE DIE ARBEIT UNSERER  
MITGLIEDSUNTERNEHMEN  
STÜNDE DIE WIRTSCHAFT  
STILL.**

Dr. Dirk Jandura

gas, ob Elektro, Autoteile oder Chemie, ob in der Vorfinanzierung oder im Forderungsmanagement – als B2B-Dienstleister ist unsere Wirtschaftsstufe unersetzlich. Für sie alle steht der BGA genau wie für seine Landes- und Regionalverbände, die in der arbeitsrechtlichen Beratung, in den Tarifrunden, in Fragen der Ausbildung und der politischen Interessenvertretung auf Landesebene unersetzliche Dienste leisten. Sie alle bündelt unser Verband, greift ihre Themen auf und kanalisiert sie im direkten Dialog mit Bundesregierung, Bundestag, Parteien und Medien, mit EU-Kommission, Rat und Europaparlament. Und je mehr Krisen wir durchleben, je mehr Herausforderungen unsere Wirtschaftsstufe bewältigen muss, umso wichtiger ist die Aufgabe unseres Verbandes. 75 Jahre BGA, darauf sind wir stolz. Darauf wollen wir aufbauen.

Jhr  
Andreas Jandura



# inhalt

## work life

mehr arbeit wagen.....	/9
fachkräfte.....	/14
aus- und fortbildung mit erfolg!.....	/18
sichere rente.....	/20
verschmelzung.....	/23
notwendige unterstützung.....	/27

## standort

politische weichenstellungen für wege aus der rezession.....	/31
staat 2.0.....	/36
startrampe.....	/39
mobilität der zukunft.....	/43
esg-daten.....	/46
transparenz und vertrauen.....	/50
erfolgsrezept.....	/53
unternehmensberatungen für KMU.....	/56
den großhandel erforschen.....	/59
fotoseiten 75 Jahre BGA.....	/62

# new green

was bleibt vom größten reformprogramm der EU-geschichte?.....	/67
regelungswut.....	/72
late payment.....	/74
eine neue ära.....	/77
handel im umbruch.....	/80
die zeit rennt.....	/83
gamechanger biokohle.....	/86
weiße dächer.....	/89

# wer wir sind

groß- und außenhandel, das dienstleistungszentrum der deutschen volkswirtschaft.....	/93
nicht zaudern, handeln!.....	/94
landes- & regionalverbände.....	/100
fachverbände.....	/108
tochterunternehmen & partner.....	/121
team-organigramm.....	/122
team-übersicht.....	/124
impressum.....	/126



# work life

## Mehr Arbeit wagen!

Der Standort Deutschland und mit ihm die Unternehmen des Groß- und Außenhandels sowie der Dienstleistungsbranchen stehen vor großen Herausforderungen. Ein zentrales Problemfeld ist der Faktor Arbeit. Den Unternehmen fehlen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Fach- und Arbeitskräfte; zugleich belasten die hohen Arbeitskosten.

Fehlende Arbeitskräfte haben Folgen: Die vorhandenen Mitarbeitenden müssen Überstunden leisten, Aufträge können nicht angenommen oder

abgearbeitet werden. Aber um unseren Wohlstand zu halten, muss dieser erwirtschaftet, d. h. erarbeitet werden. Diese einfache Wahrheit muss wieder im Bewusstsein von Politik und Gesellschaft ankommen. Und sie muss zum entschlossenen Umsteuern in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik führen!

Die Prognosen der Wirtschaftswissenschaften zeichnen ein düsteres Bild. Das Potenzialwachstum unserer Volkswirtschaft wird bis zum Jahr 2028 jährlich um 0,4 Prozent auf einen historischen Tiefststand sinken, der

insbesondere auf das sinkende Arbeitsvolumen zurückzuführen ist. Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2023 von -0,3 Prozent und einer rückläufigen Arbeitsproduktivität von -1,2 Prozent gibt es kein Potenzial, das diesen Faktor abfedern könnte.

Der Blick auf die absoluten Zahlen zeigt, dass das Arbeitszeitvolumen über alle Erwerbstätigen hinweg im Jahr 2023 bei knapp 62 Milliarden Stunden lag. Das ist der bislang höchste gemessene Wert, er resultiert aber vor allem aus der mit beinahe 46 Millionen Menschen höchsten Zahl an Erwerbstätigen. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Jahresarbeitszeit von ca. 1.591 Stunden. Das ist – vom Corona-Jahr 2020 abgesehen – die historisch geringste Zahl an Arbeitsstunden pro Erwerbstätigem seit Beginn der Aufzeichnungen. Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit auf einem der letzten Plätze.

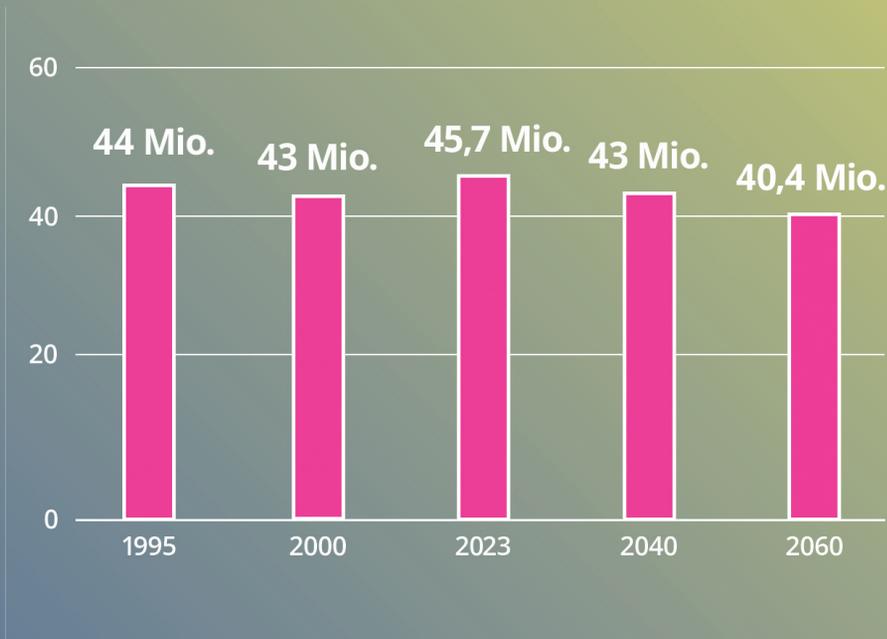
Unsere Volkswirtschaft und unsere Unternehmen geraten weiter unter Druck, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und die gesamte Zahl der Erwerbstätigen abfällt. Bis 2035 wird das Erwerbspersonenpotenzial um 7 Millionen abnehmen, wenn nicht durch Zuwanderung oder eine höhere

Erwerbsbeteiligung gegengesteuert wird. Von 2022 bis 2030 erreichen 11,5 Millionen Menschen das Renteneintrittsalter, es treten aber nur 6,8 Millionen Menschen neu in den Arbeitsmarkt ein. Während heute auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter rund 30 Personen im Alter von über 67 Jahren kommen, werden es im Jahr 2040 bereits rund 50 Personen sein.

Die Politik muss also jetzt deutlich gegensteuern. Die aktuelle sowie die künftige Bundesregierung muss alles tun, um mehr Anreize für ein größeres Arbeitszeitvolumen zu schaffen – sowohl mit Blick auf die Lebensarbeitszeit als auch die Wochenarbeitszeit. Ganz allgemein muss der Stellenwert von Arbeit besser vermittelt werden. Arbeit ist Teil unseres Lebens und kein Gegensatz dazu. Sie ist essenziell für unsere Gesellschaft und für die Erhaltung unseres Wohlstandes. Jeder und jede kann und sollte hier einen Beitrag leisten.

Die Politik muss dazu den Rahmen setzen und deutlich machen: **Arbeit lohnt sich, mehr zu arbeiten muss sich auch mehr lohnen.** Unser Steuer- und Abgabensystem sowie die Struktur der sozialen Sicherungssysteme muss dies befördern und darf es nicht konterkarieren.

# erwerbspersonen- potential



# durchschnittliche arbeitszeit





Die Differenz zwischen Brutto- und Nettogehalt darf nicht noch weiter anwachsen. Daher sind eine kritische Prüfung der Ausgaben und eine zukunftsfeste Gestaltung der Sozialsysteme nötig.

Mit Blick auf die Personengruppen mit weiterem Erwerbspotenzial müssen geeignete Anreize gesetzt werden. Besonders großes Potenzial besteht bei älteren Menschen. Dies ist zwar die Gruppe, der die Politik offenbar die geringsten Veränderungen zumuten möchte, stellen die Jahrgänge mit

baldigem Renteneintritt doch auch eine sehr große Wählergruppe dar. Wir werden aber nicht umhinkommen, hier tätig zu werden – je früher, desto besser. Wir werden immer älter und sind immer länger in einem guten Gesundheitszustand. Es gilt daher, Frühverrentungsanreize und vor allem die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte abzuschaffen. Eine Reform des Rentensystems hin zu einem späteren bzw. flexibleren Renteneintritt ist unumgänglich.

Die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften ist durch den Gesetzgeber bereits verbessert worden. Nun muss dies auch in der Praxis umgesetzt werden. Wir brauchen also schnellere und bessere Verwaltungsverfahren sowie die Schaffung einer echten Willkommenskultur. Der Gesetzgeber muss zudem endlich ermöglichen, dass auch die Zuwanderung in die Zeitarbeit stattfinden kann.

Der über die letzten Jahrzehnte stattgefundene Ausbau von Teilzeit- und Nebenbeschäftigung hat vielen Personen ermöglicht, überhaupt erwerbstätig zu sein. Insofern leistet Teilzeitbeschäftigung durchaus einen positiven Beitrag zur Ausschöpfung des Erwerbspotenzials. Jedoch bergen die vielen Maßnahmen zur Förderung von Teilzeit die Gefahr, sie immer attraktiver als eine Vollzeit-, bzw. vollzeitnahe Tätigkeit zu machen. Das gilt insbesondere für die Ausweitung der Gleitzone in der Sozialversicherung – diese muss wieder zurückgeführt werden.

Daneben brauchen wir endlich praxisgerechte, den Anforderungen der Beschäftigten und Unternehmen entsprechende Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit. Der Wechsel von einer täglichen

hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit kann bereits mehr Spielraum geben und entspricht zugleich den europäischen Vorgaben.

Nicht zuletzt bleibt: Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist essenziell. Hierzu gehört der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, besonders mit Blick auf die abgedeckten Zeiten.

Zusammengefasst müssen wir mehr arbeiten – quantitativ und qualitativ. Nur so können wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen und unseren Wohlstand sichern.



# fach- kräfte

## Warum Ausbildung Wachstum sichert.

Die duale Berufsausbildung ist ein entscheidender Baustein in der Fachkräftesicherung der Unternehmen, denn die Azubis von heute sind die Fachkräfte von morgen. Aber leider ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt aufgrund der demografischen Entwicklung und, verschärft durch die Corona-Pandemie, zunehmend angespannt. Deshalb können immer mehr Ausbildungsstellen nicht besetzt werden, obwohl die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen nach wie vor hoch ist. Dadurch bleibt ein großes Potenzial zur Fachkräftesicherung ungenutzt.

Passungsprobleme (sogenanntes Matching) zwischen den Berufswünschen der jungen Menschen, dem Bedarf der

Unternehmen sowie dem regionalen Stellenangebot sind eine der wesentlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Hier kann die Politik die Mobilität der Azubis unterstützen, z. B. durch die Förderung von Azubi-Wohnheimen oder Fahrzuschüsse, wie es mit dem Aus- und Weiterbildungsgesetz bereits initiiert wurde.

**Grundsätzlich muss die berufliche Bildung, insbesondere im Verhältnis zur akademischen Bildung, gestärkt werden.** Dies fängt frühzeitig bei der Berufsorientierung an. Unternehmen können sich zum Beispiel durch dauerhafte und verlässliche Schulkooperationen, Projektwochen oder das Angebot von Schülerpraktika frühzeitig in der Berufsorientierung von Schülern engagieren.

A photograph of a baby with curly hair, wearing a light green t-shirt and a white diaper, crawling up a set of wooden stairs. The baby is seen from behind, moving up the stairs. The stairs have light-colored wooden treads and white risers. In the background, there is a window and a small table with a green basket. A blue and green gradient box is overlaid on the right side of the image, containing white text. A thin pink line runs diagonally across the image from the top right towards the bottom left.

**DER GROSS- UND AUSSENHANDEL  
BIETET VIELFÄLTIGE AUS- UND  
WEITERBILDUNGSMÖGLICHKEITEN  
FÜR ALLE JUNGEN MENSCHEN UND  
EIGNET SICH DESHALB BESONDERS  
FÜR DEN BERUFSEINSTIEG.**



**Erfolgversprechend ist hierbei, dass anstelle einer reinen Informationsvermittlung Berufe praktisch erlebbar gemacht werden.** Darüber hinaus empfiehlt sich eine gezielte Ansprache von Eltern, beispielsweise in Form von Elternabenden, da diese den größten Einfluss auf die Berufswahl ihrer Kinder haben.

Aber auch die Politik kann hier noch besser unterstützen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Die Länder,

die Jobcenter und die Arbeitsagenturen sind gefordert, die Berufsorientierung weiter zu intensivieren. Jugendliche brauchen Vertrauenspersonen, die sie auf dem Weg in eine Ausbildung begleiten, wie beispielsweise Coaches, Berufseinstiegsbegleiter oder Übergangslotsen. Zum anderen sollten Bund und Länder mehr für duale Ausbildung werben und auch investieren.

Viele Jugendliche geben in Befragungen an, dass sie Kompromisse beim Ausbildungsberuf machen würden, wenn ihnen der Betrieb sehr gut gefällt. Diese Tatsache können Betriebe für sich nutzen und sich durch ein attraktives Ausbildungsmarketing und konsequentes Employer Branding gerade regional als attraktive Ausbildungsbetriebe präsentieren. Dabei kann auch die Digitalisierung helfen. Denn ein digitalisierter Betrieb wirkt oft in der Außenwahrnehmung auf Jugendliche attraktiv.



## VERBINDUNGSELEMENTE & BEFESTIGUNGSTECHNIK



Mit über 130 Jahren Erfahrung zählt **REYHER** zu den führenden Handelsunternehmen für Verbindungselemente und Befestigungstechnik in Europa und beliefert Kunden weltweit.

### Unsere vielfältigen Produkte & Services

- Über 130.000 Artikel auf Lager – schnell und sofort lieferbar
- Flexible Kanban-Versorgung und individuelle Konfektionierungen
- Vielfältige E-Business-Lösungen
- Regelmäßige Sortimentserweiterungen
- REYHER-Prüflabor für zuverlässige Produktqualität

**F. REYHER Nchfg. GmbH & Co. KG**  
Haferweg 1 · 22769 Hamburg  
T +49 40 85363-0  
kontakt@reyher.de · reyher.de



# aus- und fort- bildung mit erfolg!

Die konjunkturelle Schwäche verbunden mit strukturellen Problemen stellt Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Im Fokus stehen die Umsatz- und Ertragsentwicklung und die Bewältigung der hohen Kosten aus der Energieversorgung, Beschaffung von Gütern und die hohen administrativen Lasten aus Dokumentations-, Informations- und Berichtspflichten. Ohne gut ausgebildete, motivierte, flexible und kompetente Mitarbeiter sind diese Herausforderungen jedoch kaum zu bewältigen. Investitionen in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben ein zentraler Bestandteil, wenn Unternehmen zukunftssicher aufgestellt sein wollen. Hier setzt das Engagement des DAHD Bildungszentrums im Groß- und Außenhandel und für B2B-Dienstleister an.

Das DAHD Bildungszentrum Groß- und Außenhandel hat als Servicegesellschaft des BGA ein attraktives Angebot für Unternehmen erstellt, die auch in schwierigen Zeiten in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investieren wollen. Damit die unternehmerischen Potenziale voll ausgeschöpft werden können, bedarf es gezielter Impulse und vorausschauender Förderung, um Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Möglichkeiten zur Aus-, Fort- und Weiterbildung zu bieten und somit die Bindung an das Unternehmen langfristig zu stärken.

Seit vielen Jahren führt das DAHD erfolgreich Prüfungsvorbereitungskurse für Auszubildende durch, die durch die Teilnahme an diesen Kursen gestärkt in ihre Abschlussprüfung gehen. Das vielfältige Seminarprogramm zeigt, dass die Kunden des DAHD weiterhin auf das Bildungszentrum zählen können, wenn es um die bewährte Qualifizierung und Weiterbildung von



Mitarbeitern geht. Es werden verschiedene Vertriebs-, Führungs- und Inhouse-Seminare angeboten, die gezielt auf den Bedarf der jeweiligen Unternehmen zugeschnitten sind. Das DAHD Bildungszentrum ist auch Ansprechpartner bei weitergehenden Seminarwünschen, die nicht im Seminarprogramm enthalten sind. Die Ausbildung junger Menschen sowie die Sicherung und Weiterentwicklung von Fachkräften ist unser Schwerpunkt als ein verlässlicher Partner.

## DAHD Bildungszentrum

Michael Alber, Geschäftsführer  
Mandy Beitz, Seminarorganisation  
Ronny Uschner, Seminarorganisation

030 590099542  
www.dahd.de

info@dahd.de



# sichere rente

## Lastenverteilung der Generationen

Unsere sozialen Sicherungssysteme stehen unter Druck. Insbesondere das Rentensystem ist angesichts der demografischen Entwicklung nicht mehr zukunftssicher aufgestellt. **Die jüngst auf 48 Prozent festgeschriebene Rentenhöhe führt zu einem deutlichen Anstieg der Beitragssätze von derzeit 18,6 Prozent auf 22,1 Prozent.** Dabei ist eine Dämpfung durch das neu eingeführte Generationenkapital bereits berücksichtigt. Die zusätzlich durch die alternde Bevölkerung zu erwartenden Kostensteigerungen in der Kranken- und Pflegeversicherung lassen insgesamt einen dramatischen Anstieg der Beitragssätze in Richtung 50 Prozent bis zum Jahr 2040 vermuten. Dies wird nicht nur die Löhne und Gehälter erheblich belasten, sondern auch massi-

ve Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands mit sich bringen. Der soziale Zusammenhalt und der gerechte Ausgleich zwischen den Generationen sind ernsthaft gefährdet.

Will man die Rente nachhaltig gestalten, müssen aber die Lasten fair zwischen den Generationen verteilt und nicht einseitig der jungen Generation, d. h. allein den künftigen Beitrags- und Steuerzahlern, aufgebürdet werden. Zugleich gilt es, die Arbeitskosten in einem Rahmen zu halten, der die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht weiter gefährdet.

Dazu ist es unumgänglich, die Erwerbsdauer zu verlängern.

**Die Regelaltersgrenze sollte automatisch an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden.** Dies würde sicherstellen, dass die erwerbsaktive Lebensphase entsprechend den demografischen Veränderungen angepasst würde. Entsprechende Vorschläge, z. B. eine Aufteilung jedes zusätzlichen Jahres zu einem Drittel auf den Rentenbezug und zu zwei Dritteln ins Erwerbsleben, liegen seit langem auf dem Tisch.

Auch der vorzeitige abschlagsfreie Renteneintritt für besonders langjährig Versicherte belastet das System unnötig und muss abgeschafft werden, um die Nachhaltigkeit der Rentenversicherung zu gewährleisten. Die seinerzeitigen sehr vorsichtigen Prognosen zur Nutzung dieses Instruments haben sich nicht bewahrheitet: Tatsächlich erfolgt etwa ein Viertel aller Renteneintritte über diesen Weg, zugleich beziehen die Betroffenen eine überdurchschnittliche Rente.



**WIR VERSTEHEN  
GROSSHANDEL**



Ihr starker SAP Partner



## WIR GESTALTEN DIE DIGITALE ZUKUNFT FÜR DEN GROSSHANDEL



### Ausgezeichnete SAP-Expertise

SAP Gold Partner und Fokuspartner der SAP im Bereich „Retail & Consumer Products“ im Rahmen der Diamant-Initiative 2024



### Über 30 Jahre Branchenerfahrung

Marktführer im Technischen Großhandel in der Region D-A-CH mit der umfassenden Branchenlösung FIS/www



### Lösungen am Puls der Zeit

Innovative Entwicklungen auf Cloud-Basis – optimal zugeschnitten auf Ihre Bedürfnisse

**FIS – MIT SICHERHEIT DIE PASSENDE LÖSUNG.**



Warenwirtschaft & ERP | Cloud | Logistik | Integration | Stammdaten | Dokumentenprozesse  
E-Invoicing | Analytics | CRM & Kundenservice | E-Commerce | Prozess-Analyse | Beleg austausch | Support

[www.fis-gmbh.de](http://www.fis-gmbh.de)

Leistungen, die nicht durch Beiträge gedeckt sind, sollten vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dies würde nicht nur die Beitragssätze entlasten und eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten gewährleisten, sondern auch eine bessere Diskussion über diese Leistungen ermöglichen.

Nicht zuletzt müssen die weiteren Möglichkeiten der Vorsorge neben der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt werden.

Die betriebliche Altersvorsorge muss eine stärkere Verbreitung finden. Zugleich muss sie so gestaltet werden, dass sie auch wirtschaftlich attraktiv ist. Gleiches gilt für die private Altersvorsorge.

Die Politik muss endlich zu einer nachhaltigen Rentenpolitik finden. Die Fakten sind bekannt, das System ist planbar. Was bislang fehlt, sind Mut, Konsequenz und ein Bekenntnis zur Generationengerechtigkeit.



# ver- schmelzung

## die starke Stimme der Personaldienstleistungsbranche

Mit der Verschmelzung des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister e. V. (BAP) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e. V. (iGZ) am 1. Dezember 2023 zum Gesamtverband der Personaldienstleister e. V. (GVP) wurde ein solides und innovatives Fundament für die Zukunft der Zeitarbeit in Deutschland gelegt. Mit rund 5.600 Mitgliedsunternehmen ist der GVP einer der mitgliederstärksten Arbeitgeberverbände in Deutschland. Mit diesem Gesamtverband der Personaldienstleister ist ein starker Branchenverband mit einer gemeinsamen Stimme entstanden, der die Personaldienstleistung in ihrer ganzen Vielfalt umfasst: von der Zeitarbeit über die Personalvermittlung bis hin zur Personalberatung und -entwicklung. Damit wird auch dem hohen Stellenwert der Personaldienstleistungsbranche Rechnung getragen – die Leistungen der Arbeitgeber für nachhaltige Arbeitsmarktintegration und im Kampf gegen den Fachkräftemangel kann mit Blick auf die Gesamtwirtschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Dennoch gilt es, der übermäßigen Regulierung der Branche Einhalt zu gebieten, denn die überbordende Bürokratisierung kostet nicht nur Wohlstand, sondern verringert auch die Chancen für Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Ein erstes Licht am Ende des Bürokratietunnels ist die Aussicht auf eine mögliche Aufhebung des noch aus analogen Zeiten stammenden Schriftformerfordernis. Aber es warten weitere Herausforderungen auf den Verband, der dicke Bretter – etwa im Kampf gegen die sektoralen Verbote der Zeitarbeit im Bauhauptgewerbe und der Fleischindustrie – bohren muss. Die geeinte Stimme der Personaldienstleistungsbranche wird indes ganz offensichtlich bereits wahr – und vor allem auch ernst genommen. Das homogene Auftreten der Personaldienstleister wird sich nicht nur in Politik und Wirtschaft für die Branche positiv auswirken. Auch gegenüber den Tarifpartnern spricht die Arbeitbergerseite nun mit einer Stimme.

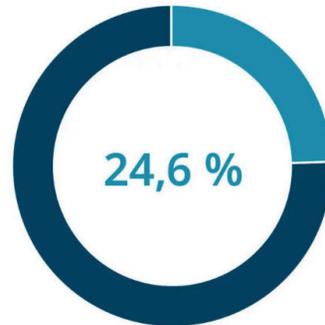


## ANTEIL DER ZEITARBEITSKRÄFTE an allen Beschäftigten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, GVP | Anmerkung: Durchschnitt erstes Halbjahr 2023

## ANTEIL DER ZEITARBEIT an allen Beschäftigungsaufnahmen Geflüchteter



Quelle: Bundesagentur für Arbeit | Anmerkung: September 2022 bis August 2023



»Mit dem Gesamtverband der Personaldienstleister ist ein starker Branchenverband entstanden, der die Personaldienstleistung in ihrer ganzen Vielfalt umfasst: von der Zeitarbeit über die Personalvermittlung bis hin zur Personalberatung und -entwicklung.«

Christian Baumann | Präsident | Gesamtverband der Personaldienstleister e.V. (GVP)



Ebenfalls auf der To-do-Liste steht nach wie vor das Bild der Zeitarbeit in der Öffentlichkeit – die Personaldienstleistung ist eine ganz normale Wirtschaftsbranche wie jede andere auch und wir müssen intensiv kommunizieren, dass die Personaldienstleister eine unverzichtbare Rolle für eine flexible und zukunftsfähige Arbeitswelt spielen. Eine der Hauptaufgaben des Verbandes ist es nunmehr, seine Mitglieder bei diesen Herausforderungen professionell zu unterstützen und gemeinsam diese werte- und qualitätsorientierte Branche weiterzuentwickeln.

Gastbeitrag von Christian Baumann  
Präsident des Gesamtverbandes  
der Personaldienstleister (GVP)

030 2060980                      info@personaldienstleister.de  
www.personaldienstleister.de



# notwendige unterstützung

## Lieferantentrainings für deutsche Unternehmen und ihre Zulieferer

Die europäische Nachhaltigkeitsgesetzgebung stellt die deutsche Wirtschaft und ihre Zulieferer vor massive Herausforderungen. Seit einigen Jahren haben sich nationale und EU-weite Gesetzesvorhaben vervielfacht, die Unternehmen verpflichtet, menschenrechtliche und ökologische Standards in ihren Lieferketten zu garantieren.

Wenngleich die meisten Unternehmen die Ziele des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, der Europäischen Lieferkettenrichtlinie oder der Richtlinie zu entwaldungsfreien Lieferketten – um nur einige zu nennen – befürworten, ist es nicht angemessen, ihnen allein die Verantwortung für ihre Umsetzung zuzuschreiben.



Gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Zulieferern beobachtet der BGA seit geraumer Zeit ein Abwälzen der Verantwortungen in die Lieferkette hinein. **Nicht nur kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland werden von den geforderten Berichts- und Nachweispflichten nahezu erdrückt. Besonders betroffen sind vor allem auch Zulieferer aus dem globalen Süden.** Um nicht aus internationalen Lieferketten gedrängt zu werden, müssen sie die sozialen und ökologischen Anforderungen der europäischen Vorgaben erfüllen. Oft sind sie jedoch aufgrund der hohen Ressourcenanforderungen, mangelnder Sensibilisierung und unzureichender Unterstützung dazu nicht in der Lage.

Das Import Promotion Desk (IPD) hält seit einigen Jahren schon ein konkretes Angebot bereit, das Zulieferer aus dem globalen Süden dabei unterstützt, menschenrechtliche und ökologische Standards in ihren Geschäftsbereichen einzuhalten: Environmental, Social and Governance (ESG)-Trainings. Im Rahmen dieser Schulungen informiert das IPD kleine und mittelständische Unternehmen in derzeit 21 Partnerländern zu den existierenden EU-Regelungen. Hierbei geht es nicht nur darum, die Zulieferer zu sensi-

bilisieren, sondern sie tatkräftig bei der praktischen Umsetzung zu unterstützen, beispielsweise durch die gemeinsame Ausarbeitung von Aktionsplänen und Verhaltenskodizes.

Auf Initiative des BGA sollen diese Trainings nun gemeinsam mit anderen Projektpartnern der Entwicklungszusammenarbeit skaliert und branchenübergreifend angeboten werden. Ziel ist es, die ESG-Trainings gezielt weiterzuentwickeln, damit sie den Anforderungen der deutschen Wirtschaft gerecht werden.

Mit diesen auf den europäischen Markt zugeschnittenen Lieferantentrainings schließt der BGA gemeinsam mit dem IPD eine strategische Lücke im Angebot der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.





# stand- ort

## politische Weichenstellungen für Wege aus der Rezession

Die deutsche Wirtschaft steht unter erheblichem Wettbewerbsdruck. Die Sicherung der Lieferketten, ökologische Transformation und Ukraine-Krieg hinterlassen konjunkturell und strukturell tiefe Furchen im Wirtschaftsmodell Deutschland. Nachlassende wirtschaftliche Dynamik trifft dabei auf weitreichende Anforderungen aus Deglobalisierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie. Gleichzeitig steht der Staat angesichts explosiv gestiegener Staatsverschuldung vor enormen Herausforderungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Von Aufbruchstimmung und Fortschritt, so die Zielsetzung des Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und FDP von 2021, ist zur Bewältigung der Herausforderungen angesichts des bisher zaghaften Agierens wenig übrig geblieben. Eine Wachstumsinitiative soll nun die Trendwende bringen. Die Ampel-Koalition hat auf den steigenden Druck im politischen Kessel reagiert und vor der parlamentarischen Sommerpause 2024 mit der Verständigung auf den Bundeshaushalt 2024 eine Wachstumsinitiative verabschiedet.

Damit reagiert sie auf die nachdrücklichen Warnungen von Verbänden und Unternehmen, die seit Monaten auf Infrastrukturdefizite, schwache Investitions- und Innovationstätigkeit, stockende Digitalisierung, zunehmende Bürokratisierung, Fachkräftemangel und hohe steuerliche Belastungen hinweisen.

Unter Wahrung der Schuldenbremse sollen die öffentlichen Investitionen auf hohem Niveau fortgesetzt und langjährige Mängel beschleunigt abgebaut werden. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz soll einstweilen ausgesetzt werden, Bürgerinnen und Bürger bei den steuerlichen Auswirkungen der Inflation entlastet werden und weitere Investitionsanreize für Unternehmen gesetzt werden. Damit werden vom BGA geforderte Maßnahmen aufgegriffen. Zudem haben die beiden Kommissionen für eine „Bürgernahe Einkommensteuer“ und für eine „Vereinfachte Unternehmensteuer“ im Juli 2024 Bundesfinanzminister Christian Linder ihre Ergebnisse übergeben. Der BGA sieht darin einen wichtigen Impuls, kurzfristig, aber auch perspektivisch über benötigte, grundlegende steuerliche Reformschritte zu beraten.

**Nur mit mehr Wachstum und angebotsorientierten Maßnahmen können nach Einschätzung des BGA die aktuellen Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden.** Die Entwicklung weist 2024 jedoch weiter in eine andere Richtung. Der Wachstumseinbruch von -3,8 Prozent durch die Coronapandemie konnte 2021 durch ein schnelles und entschlossenes Handeln deutlich abgefedert werden, so dass sich die Konjunktur auch schnell wieder erholte, 2021 um +3,2 Prozent und 2022 um +1,8 Prozent zulegte und dies, obwohl im Februar 2022 Russland seinen Nachbarn Ukraine mit Krieg überzogen hat. 2023 stagnierte die Konjunktur und rutschte mit einem Rückgang um -0,2 Prozent in die Rezession. Der BGA hatte vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bereits frühzeitig Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des Standortes Deutschland entwickelt und im Februar 2024 einen 10-Punkte-Plan ergänzt und kurzfristig erforderliche Maßnahmen vorgelegt. Einen Schwerpunkt bildeten für den BGA zudem Rechtsvereinfachungen zur Beschleunigung von Investitionen.

# laufender bürokratieerfüllungsaufwand für wirtschaft, verwaltung und bürger

in Mrd. Euro

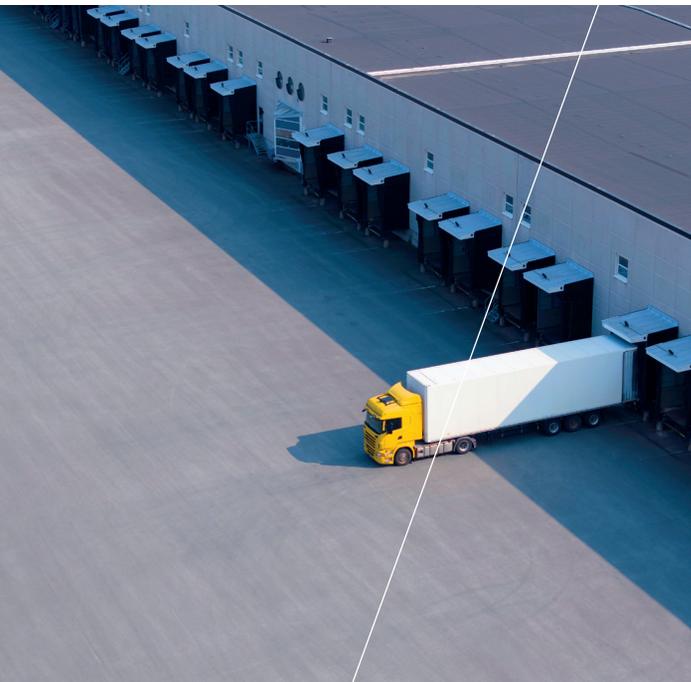
16



Die konjunkturelle Berg- und Talfahrt, der Wettbewerbsdruck sowie der Strukturwandel spiegeln sich insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau, im Automobilsektor, in der Chemiebranche und in der Energieerzeugung. Der Bausektor war dagegen durch erhöhte Bauinvestitionen und geänderte Konsumentenpräferenzen zunächst ein wichtiger Stabilisator der Konjunktur. Durch verschärfte Bauanforderungen, steigende Kosten, erhöhte Zinsen und unstetiger Förderung befindet

sich der Wohnungsbau jedoch seit 2022 wieder im Sinkflug. Auch der Konsumsektor durchläuft konjunkturelle Höhen und Tiefen. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine stieg die Inflation auf 6,9 Prozent 2022 und belastete, verbunden mit einer Verunsicherung der Verbraucher, den Konsum. Zwischenzeitlich sinkt die Inflation und zieht der Konsum wieder an. Damit kann er sich so zu einem Impulsgeber für die Konjunktur entwickeln, wenn die Politik Bürgerinnen und Bürger nicht mit Belastungen überfordert.

Der Groß- und Außenhandel ist der Spiegel dieser Entwicklung. 2023 startete er noch robust, um im Verlauf des Jahres deutlich nachzulassen. Im Jahresdurchschnitt wurde nominal -4,1 Prozent und real -4,4 Prozent weniger verkauft. **Für 2024 erwartet der BGA auf Grundlage der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2023/24 eine verhalten positive Entwicklung: nominal um 2 Prozent und real um 1 Prozent.** Entsprechend der konjunkturellen Entwicklung ist auch die Stimmung im Großhandel trübe. Daher erwartet der BGA 2024 ein BIP-Wachstum von nur +0,1 Prozent, während die Bundesregierung ihre Frühjahrsprojektion auf +0,3 Prozent hochgesetzt hat.

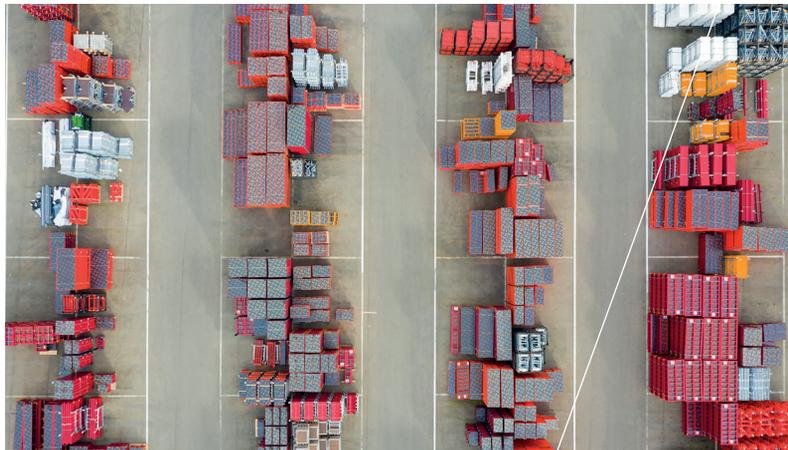


Allerdings lag das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um -0,9 Prozent unter dem Vorjahr und betrug im zweiten Quartal -0,1 Prozent, sodass das zweite Halbjahr Fahrt aufnehmen muss, um die gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Eine Aufhellung der Stimmung in der Wirtschaft könnte die wirtschaftliche Erholung unterstützen.

Ob die Konjunktur ab dem zweiten Halbjahr 2024 wieder Fahrt aufnimmt und die Stimmung in den Unternehmen

sich aufhellt, wird von der Konkretisierung der finanzpolitischen Weichenstellungen zum Bundeshaushalt 2025 und der Maßnahmen der Wachstumsinitiative abhängen.

**Entscheidend wird sein, dass die Maßnahmen im politischen Diskurs und den Beratungen im Deutschen Bundestag und mit dem Bundesrat nicht wieder zermahlen werden.** Dann ist damit jedoch nur ein erster Schritt gemacht, dem weitere Schritte folgen müssen, Deutschland zu modernisieren, zu digitalisieren und zu entbürokratisieren.



# staat 2.0

## Wirtschaftsstandort: Mittelpunkt der Digitalpolitik

Der digitale Staat ist längst Realität. 99 Prozent aller Verwaltungsprozesse sind digitalisiert. Single Digital Gateways für Berichtspflichten der Wirtschaft und digitale Signaturen sparen bereits zwei Prozent des BIP ein. Unternehmen können komplett online administriert werden und immer mehr Behörden tauschen automatisch Informationen aus und damit verringern sich Kosten für Wirtschaft und Staat. Eine schöne Realität... in Estland.

Deutschland ist davon weit entfernt. Unternehmen müssen zahlreiche Mehrfachabfragen von Daten durch Behörden auf Papier erfüllen, darunter Berichtspflichten durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Formalia für die

Zollabwicklung, Baugenehmigungen, Firmengründungen, Steuererklärungen oder ESG-Vorgaben, um nur einige zu nennen. Diese binden in Deutschland massiv Ressourcen im Mittelstand, auch im Groß- und Außenhandel, die an anderer Stelle für Investitionen und in Form von Fachkräften fehlen. Verantwortlichkeiten für die lahrende Modernisierung des Staates sind diffus zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt. Budgets für essenziell wichtige Digitalisierungsvorhaben werden leichtfertig gekürzt. Im Ergebnis fallen deutsche Verwaltungen immer weiter zurück und liegen im europäischen Vergleich nur noch im hinteren Mittelfeld. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand in Deutschland mit



5,2 Mio. Beschäftigten der größte Arbeitgeber und klagt über einen enormen Fachkräftemangel.

**Die Bedeutung des modernen digitalen Staates als Standortvorteil für die Wirtschaft wurde durch die Politik parteiübergreifend unterschätzt.**

Zu lange haben wir uns darauf ausgeruht, dass deutsche Verwaltungen im Grunde gut funktioniert haben. Positive Effekte des digitalen Staates auf die Wirtschaft – wie in Estland, in Norwegen oder den Niederlanden – wurden kaum wahrgenommen. Dort haben verbindliche IT-Standards in der Kommunikation mit Behörden nicht nur zu einer Reduktion von Kosten für Unternehmen geführt.

Auch IT-Dienstleister entwickeln nur noch mit diesen Standards, was die Kosten für Personal oder Unternehmens-IT erheblich verringert.

Wir müssen der Wahrheit ins Auge blicken, dass wir noch lange nicht über die wichtigsten Voraussetzungen für einen modernen Staat verfügen.

**Diese zu schaffen, muss politische Priorität haben, um den Digitalstandort Deutschland für die Wirtschaft attraktiv zu gestalten.**

Kernstück ist hier die essenzielle Registermodernisierung, die den sicheren und automatischen Austausch von Daten zwischen Behörden erlaubt und somit verhindern würde, dass Unternehmen mit hohem Ressourcenaufwand umfangreiche Informationen und Belege mehrfach an staatliche Einrichtungen liefern müssen. Danach folgen verbindliche digitale Standards und einfache digitale Zugänge zu jedem Verwaltungsprozess.

Insgesamt brauchen wir eine Digitalpolitik, die den Wirtschaftsstandort in den Mittelpunkt der Digitalisierungspolitik stellt und diese auf der höchsten politischen Ebene priorisiert.

# FÜR FRISCHE UND QUALITÄT

**METRO**  
ENABLING MOMENTS

Seit 60 Jahren unterstützen wir  
Gastronomen und Händler  
dabei, unsere Nachbarschaften zu  
lebenswerten Orten zu machen -  
und das in über 30 Ländern.

Mehr Großhandel denn je.



QR-Code scannen und mehr erfahren

# AUF EUREN TISCHEN

# start- rampe

## KI für eine Unternehmens- strategie der Zukunft

Von Künstlicher Intelligenz (KI) wird gerne gesagt, dass sie die Zukunft sei und unser Leben und Arbeiten grundlegend verändern wird. Dabei ist KI schon heute aus unserem Alltag kaum mehr wegzudenken: Suchalgorithmen im Netz, Wegbeschreibungen auf Maps-Services oder Vorschläge für Filme, die uns bei unserem Lieblings-Streamingdienst vielleicht gefallen könnten. Höchste Zeit, dass wir KI verstehen und selbstbestimmt stärker in unseren Arbeitsalltag integrieren – die Möglichkeiten sind vielfältig.

Gerade im Großhandel bieten viele Prozesse die Möglichkeit, KI gezielt einzusetzen, um Effizienzsteigerungen zu erreichen oder die ohnehin hart umkämpften Fachkräfte in der Branche zu entlasten. Mehr noch als im B2C-Bereich, ist der B2B-Handel auf effizientes Forecasting angewiesen. So kann mit KI der Warenausgang und -eingang recht präzise vorhergesagt und somit die Lagerhaltung optimiert oder Regalflächen passgenau ausgelastet werden. Auch die immer noch weit verbreiteten handschriftlich ausgefüllten Lieferscheine oder Rechnungen können digital eingescannt, von einer KI ausgelesen und im besten Fall auch gleich automatisiert verarbeitet werden.

So wird nicht nur Verwaltungsaufwand gespart, sondern auch Mitarbeitende werden entlastet – und haben Kapazitäten für andere, komplexere Aufgaben. KI kann beispielsweise nicht nur bei intelligenten Kundenportalen, in denen Kunden und Kundinnen durch KI beim Bestellprozess begleitet und unterstützt werden, zum Einsatz kommen. Auch Tracking von Lieferungen wird mit automatisierten KI-Programmierungen weitaus einfacher und präziser – und zwar entlang der gesamten Lieferkette. Oder aber – ein weiterer möglicher Einsatz – die Unterstützung der digitalen Kommunikation durch KI-Sprachmodelle: Der Einsatz von KI birgt riesige Potenziale, um im Großhandel zukunftssicher aufgestellt zu sein.



Bei all den Möglichkeiten zum Einsatz von KI sollte aber nicht aus den Augen verloren gehen, dass KI letztlich auch „nur“ ein Werkzeug und kein Selbstzweck ist. Die Einführung von KI in Unternehmen muss nicht nur gut geplant und sorgfältig zu Mitarbeitenden und Kunden und Kundinnen kommuniziert werden, sondern sollte auch immer in die übergeordneten strategischen Überlegungen des Unternehmens eingebettet sein. So muss vor der Implementierung von KI-Lösungen sichergestellt werden, dass die vorhandene Infrastruktur kompatibel ist, damit es nicht zu Insellösungen kommt, die letztlich nicht die erhofften Effekte bringen. Neben mangelndem Know-how im Unternehmen und fehlenden Ressourcen stellen nämlich auch Anwendungsfehler und fehlendes Vertrauen in KI-gestützte Prozesse große Hürden für den Einsatz von KI in Unternehmen dar. Trotz mancher Hürde im Umgang mit KI kann diese aber zu großen Effizienzsteigerungen, höherer Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit und einer zukunftsfesten Basis für ein Unternehmen beitragen. Nicht erst in naher Zukunft, sondern schon heute sollten sich daher Unternehmen fragen, wie sie KI am besten für sich nutzen und in ihren Arbeitsalltag einbauen können. Dabei unterstützen wir vom Mittelstand-Digital Zentrum Handel gerne!

Gastbeitrag von Dr. Stefan Houweling, Leitung des  
Mittelstand-Digital Zentrum Handel am IFH KÖLN

0221 943607822      s.houweling@ifhkoeln.de  
www.ifhkoeln.de  
www.digitalzentrumhandel.de

**IFH KÖLN**



# mobilität der zukunft

## Mit grüner Logistik die Klimaziele erreichen?

Der Verkehrsbereich erzeugt mit die meisten Emissionen. Deshalb sehen die Klimaziele der Bundesregierung u. a. vor, dass jeder dritte Lkw bis 2030 elektrisch fahren soll. Doch die Umsetzbarkeit ist herausfordernd. Aktuell fehlt es nicht nur an entsprechenden Fahrzeugen, sondern auch an einem öffentlich zugänglichen Lade-netz.

Der Hebel für den Klimaschutz im Güterverkehr ist groß: Ein durchschnittlicher Lkw stößt so viel CO<sub>2</sub> aus wie rund 50 Pkw. Insgesamt sind schwere Nutzfahrzeuge für 20 Prozent der Treibhausgasemissionen im Verkehr verantwortlich. Ein Teil des Straßengüterverkehrs kann zwar auf die klimaneutrale Schiene verlagert werden, doch die Kapazitäten

dafür sind in Deutschland begrenzt. Der Ausbau des Schienennetzes dauert lange und ist kostenaufwendig. Daher ist er keine Option für eine schnelle Lösung des Problems.

Im Groß- und Außenhandel ist der Lkw das meistgenutzte Transportmittel. Um diesen auch in Zukunft klimaneutraler gestalten zu können, braucht es umsetzbare Maßnahmen für die Unternehmen. Das bedeutet zuallererst, dass angeschaffte E-Lkw geladen werden können. Insbesondere an Autobahnen und Depots fehlt es noch an ausreichender Ladeinfrastruktur.

Ein Pkw kann beispielsweise über Nacht laden. Im Straßengüterverkehr hingegen sind kürzere Ladezeiten notwendig,

das heißt, dass die niedrigeren Ladeleistungen und Netzspannungen erhöht werden müssen, um die Fahrzeiten nicht unnötig zu verlängern. Hinzu kommt, dass viele Ladepunkte für große Nutzfahrzeuge nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar sind. Es mangelt an Parkplätzen und Flächen für die ladenden Lkw. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur geht in Deutschland aktuell zwar voran, aber zu langsam. Dieser muss deutlich gesteigert werden, um die Pläne der Bundesregierung umzusetzen.

Um die Klimaschutzziele im Verkehrsbereich erreichen zu können, ist es aus Sicht des BGA besonders wichtig, alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Maßnahmen zu nutzen. Da gilt es zum einen, technologieoffen zu bleiben und zum anderen Maßnahmen, die schnell ergriffen werden können, auch umzusetzen. Dies umfasst auch die Förderung der Mobilität mit Wasserstoff und LNG sowie die Anhebung des zulässigen Lkw-Gesamtgewichts auf 44 Tonnen und den Einsatz des Lang-Lkw. Mit der Anhebung des zulässigen Gesamtgewichtes auf 44 Tonnen könnte jeder siebte Transport eingespart und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen um ein bis zwei Tonnen gesenkt werden. Beim Lang-Lkw können zwei längere Einheiten bis zu drei konventionelle Lkw-Einheiten ersetzen.

Als einer der Hauptauftraggeber im Logistikbereich spielt der Groß- und Außenhandel eine wichtige Rolle bei der Diskussion um nachhaltige, zukunftsfähige Mobilität, diese muss gemeinsam weitergeführt und umgesetzt werden.





**„Um Neues zu entwickeln, brauche ich eine sichere wirtschaftliche Basis. Die schaffe ich gemeinsam mit meiner Steuerberaterin.“**

*Armin Machhörndl, Kaffeerösterei Machhörndl*

Als Unternehmer ist es nicht immer einfach, das Richtige zu entscheiden. Ihre Steuerberatung berät Sie kompetent und auf der Basis aktueller Geschäftszahlen. Gemeinsam schaffen Sie so die Grundlagen für sichere Entscheidungen und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.



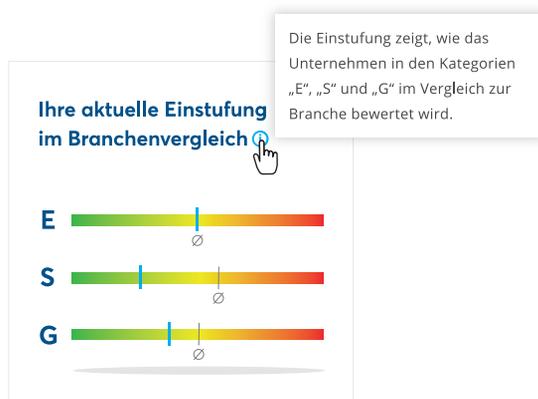
[gemeinsam-besser-machen.de](https://gemeinsam-besser-machen.de)



# esg- daten

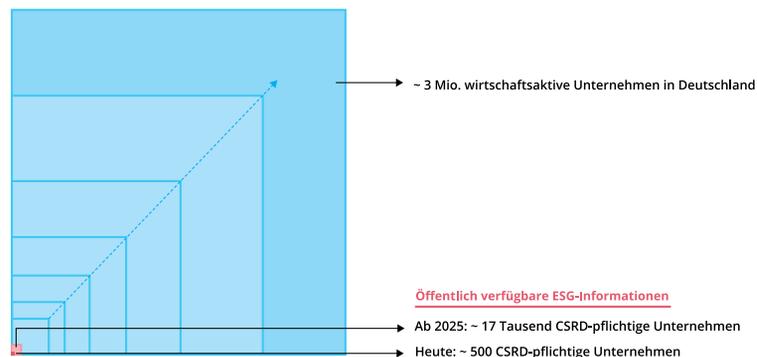
## Nachhaltiges Handeln wird für Unternehmen zum Muss.

Um Nachhaltigkeit messbar zu machen, hat Creditreform den ESG-Score entwickelt. Er ermöglicht eine transparente Einschätzung über das nachhaltige Handeln von Unternehmen. Zur Berechnung des Scores werden branchenbasierte Kennzahlen mithilfe statistischer Modelle auf die jeweilige Firma angepasst und mit individuellen ESG-Informationen aus der Creditreform Datenbank angereichert. Die Notenskala reicht dabei von dem Bestwert 100 (A1) bis zum Wert E3 (0).



Auf Grundlage des ESG-Scores ist ein kompaktes Auskunftsprüfung entstanden – der ESG-Basis-Score. Bereits heute ist er schon für über drei Millionen Unternehmen in Deutschland, Österreich sowie Luxemburg verfügbar und erfüllt die regulatorischen Anforderungen der Finanzinstitute. Unternehmen können den ESG-Basis-Score ihrer Geschäftspartner über das Kundenportal Meine Creditreform abrufen. Mit Veränderung der regulatorischen Rahmenbedingungen wird auch der ESG-Score stetig weiterentwickelt und die Datenverfügbarkeit ausgebaut. Um zukünftigen regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden, beruht die nächste Ausbaustufe unserer ESG-Auskunft auf den Primärdaten der Unternehmen selbst.

Denn, obwohl sich die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird, wird nur ein Bruchteil über öffentlich zugängliche ESG-Informationen verfügen. Von den rund drei Millionen wirtschaftsaktiven Unternehmen in Deutschland werden nach vollständiger Implementierung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) lediglich circa 17.000 berichtspflichtig sein. Damit bleibt die Herausforderung bestehen, auch nicht berichtspflichtige Geschäftspartner ganzheitlich nach ESG-Kriterien zu bewerten. Dies gilt vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die bislang keiner regulatorischen Verpflichtung unterliegen.



Creditreform hat sich zum Ziel gesetzt, Wirtschafts-  
informationen um verlässliche Nachhaltigkeitsdaten  
zu erweitern und wird flächendeckend individuelle  
ESG-Informationen auch von KMU verfügbar  
machen.

Bereits heute erheben wir dazu Nachhaltigkeitsin-  
formationen, die Unternehmen über Fragebögen im  
digitalen Portal MyESG selbst eingeben. Die Fragen  
orientieren sich dabei an den European Sustainabi-  
lity Reporting Standards (ESRS) der European Finan-  
cial Reporting Advisory Group (EFRAG).  
Der niederschwellige und adressatengerechte An-  
satz ermöglicht, dass auch KMU ihre Nachhaltigkeits-  
bemühungen sichtbar machen können, ohne dafür  
einen ESG-Berater hinzuziehen zu müssen.

Mit den ESG-Fragebögen erfassen wir nicht nur die  
wichtigsten ESG-Kennzahlen, sondern bereiten diese  
strukturiert auf und machen die Nachhaltigkeitsbe-  
mühungen sichtbar: Unternehmen, die mindestens  
zehn Fragen vom MyESG-Fragebogen ausgefüllt  
haben, erhalten das Transparenzlabel auf unse-  
ren Firmeneintragsseiten – Deutschlands größter  
Datenbank für Firmeninformationen. Werden alle  
Score-relevanten Fragen beantwortet, erfahren sie  
darüber hinaus, wie nachhaltig sie verglichen mit an-  
deren Unternehmen aus der eigenen Branche sind.

Gastbeitrag von Bernd Bütow  
CEO Verband der Vereine Creditreform e.V.

02131 1090    [esg-kontakt@verband.creditreform.de](mailto:esg-kontakt@verband.creditreform.de)  
[www.creditreform.de/esg](http://www.creditreform.de/esg)

Creditreform 



# WEIL WIR GEMEINSAM DEN HANDEL STÄRKEN

SIE WACHSEN MIT FAIREM HANDEL  
WIR BELEGEN IHRE NACHHALTIGKEIT

Unser ESG-Score liefert Ihnen eine Einschätzung der Nachhaltigkeitsbemühungen Ihrer Geschäftspartner und ermöglicht, die eigene Nachhaltigkeit transparent zu machen. Damit Sie mit Verantwortung handeln können.

**Gehen wir's an. Creditreform.**

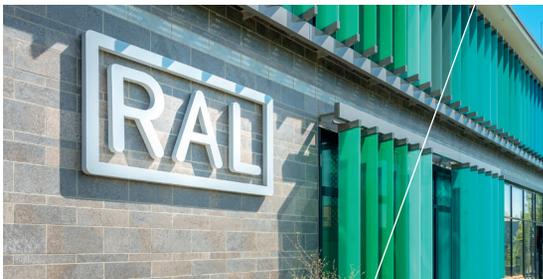


Für mehr Infos:  
QR-Code scannen oder unter  
[www.creditreform.de/esg](http://www.creditreform.de/esg)

# transparenz und vertrauen

Die RAL Gütesicherung setzt  
höchste Maßstäbe.

Die wachsende Zahl an Waren und Dienstleistungen macht es immer schwerer, deren Qualität richtig einzuschätzen. Zwar existiert eine Menge an Kennzeichnungen und Labels, diese differieren aber zum Teil stark im Detailgrad ihrer Bewertungskriterien. Die Einhaltung der rund 150 RAL Qualitätskriterien für unterschiedlichste Produkte und Dienstleistungen wird im Auftrag der Gütegemeinschaften – ein Zusammenschluss von Unternehmen einer Produktsparte – regelmäßig neutral kontrolliert.



## Vorteile im Binnen- und Außenhandel

Produkte mit RAL Gütezeichen bieten bessere Wettbewerbschancen, höhere Kundenbindung und Verringerung des eigenen Aufwands durch weniger Reklamationen. Hinzu kommen höhere Chancen bei Ausschreibungsverfahren. Vergabestellen können RAL Gütezeichen als Nachweis der Bieterreignung anerkennen.

## Verlässliche Orientierung für Unternehmen und Verbraucher

Mit der Möglichkeit, RAL Gütezeichen nicht nur in Deutschland, sondern EU-weit als Gewährleistungsmarke anzumelden, wird die RAL Gütesicherung in allen Mitgliedsstaaten als freiwilliges Kennzeichnungssystem anerkannt. RAL Gütezeichen können auch dort bei Ausschreibungen als Vergabekriterium eingesetzt werden. Das ebenfalls von RAL vergebene Herkunfts-Gewährzeichen „Made in Germany“ bietet Firmen die Chance, international vom hervorragenden Ruf in Deutschland produzierter Waren zu profitieren.

Gastbeitrag von Rüdiger Wollmann  
Hauptgeschäftsführer  
RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und  
Kennzeichnung e.V.

0228 68895100      ruediger.wollmann@ral.de  
www.ral-guetezeichen.de





*Simply Excellent.*

RAL GÜTEZEICHEN

RAL FARBEN

RAL UMWELT

RAL LOGO LIZENZ

RAL AKADEMIE

# VERTRAUEN IST, WAS UNS VERBINDET

**Herzlichen Glückwunsch zu 75 Jahren BGA!**

RAL steht für Qualität, Transparenz und Verlässlichkeit. Seit 1925 setzen wir Maßstäbe für neutrale und unabhängige Kennzeichnungen. Im nächsten Jahr feiern wir 100-jähriges Jubiläum. Verbraucher:innen, Unternehmen und öffentliche Auftraggebende – sie alle vertrauen auf die streng kontrollierten Standards und einen effektiven Verbraucherschutz.

**RAL – Zeichen des Vertrauens**



[www.ral.de](http://www.ral.de)

# erfolgs- rezept

## Wachstumsmotor Außenhandel

Das vergangene Jahr war für die deutsche Außenwirtschaft von großen Herausforderungen geprägt. Eine schleppende Entwicklung der Weltkonjunktur, hohe Inflationsraten, ein hohes Zinsniveau in wichtigen Absatzmärkten und geopolitische Risiken haben den internationalen Handel erschwert.

Das Handelsvolumen ist in diesem Jahr insgesamt geschrumpft: Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Warenexporte und -importe 2023 mit -0,3 Prozent und -9,3 Prozent negativ entwickelt. Dies ist zum Teil auf rückläufige Import- und Exportpreise zurückzuführen. Aber auch real sind die Warenausfuhren und -einfuhren gegenüber dem Vorjahr gesunken. Mit einem Anteil von 7,1 Prozent am globalen Ex-

porthandel lag Deutschland immerhin noch auf Platz 3 der größten Exportländer. Die Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft aus dem Außenhandel sind jedoch deutlich schwächer geworden.

Für ein Land, das in diesem Jahr in eine Rezession gerutscht ist – das deutsche Bruttoinlandsprodukt lag preisbereinigt um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr – ist das keine gute Botschaft.

Wie wichtig der Außenhandel für Deutschland ist, kann man auch im Vergleich mit der weltweiten Außenhandelsquote sehen: Der prozentuale Anteil der weltweiten Warenexporte und -importe am weltweiten BIP lag in den letzten Jahren im Schnitt im Bereich von 60 Prozent. Seit dem Jahr 1991



stieg die Außenhandelsquote stetig von 48 Prozent bis auf 90,1 Prozent im Jahr 2023. Der deutsche Wert ist also weit überdurchschnittlich.

Die internationale Verflechtung war und ist für Deutschland ein wirtschaftliches Erfolgsrezept. Wirtschaft und Gesellschaft sind klare Gewinner der Globalisierung. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Konsumenten profitieren von einer großen Produktpalette und Unternehmen können alle Arten von Vorprodukten aus aller Welt beziehen.

Mit der weiterhin steigenden Bedeutung des Außenhandels wächst allerdings auch die Verantwortung der deutschen und europäischen Politik, sich weltweit für offene Märkte, freien Handel und für eine ordnungspolitische Ausgestaltung der Globalisierung einzusetzen.

**Der BGA fordert: Damit das Geschäftsmodell Deutschlands zukunftsfähig bleibt, muss die deutsche Regierung wesentlich stärker als bisher dafür sorgen, dass die EU die Förderung des Austauschs von Waren und Dienstleistungen wieder in das Zentrum ihrer handelspolitischen Aktivitäten rückt.** Priorität muss dabei die Diversifizierung der Lieferketten über den Abschluss neuer Freihandelsabkommen haben. Unilaterale Nachhaltigkeitsgesetzgebungen, wie z. B. die Lieferkettenrichtlinie CSDDD oder die Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten müssen entbürokratisiert und dürfen nicht zu neuen Handelshemmnissen werden.

# unternehmensberatungen für KMU

Die schwache konjunkturelle Entwicklung und die vielfältigen strukturellen Herausforderungen fordern von den vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland enorme Anstrengungen ab. Guter Rat ist als Hilfe zur Selbsthilfe gefragt. Die BBG Bundesbetriebsberatungsstelle GmbH, eine Servicegesellschaft des BGA, unterstützt dabei als eine Leitstelle kleine und mittlere Unternehmen, vor allem im Groß- und Außenhandel und im B2B-Dienstleistungssektor, durch externen Rat ihre Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit zu stärken. Das Team der BBG informiert über die vielfältigen Möglichkeiten des Programms und gibt zugleich auch Praxishinweise zum Antragsverfahren, um eine schnelle und unbürokratische Gewährung der Förderung zu ermöglichen.

KMU, gerade im Groß- und Außenhandel sowie B2B-Dienstleister, die die Kriterien nach der EU-Mittelstandsdefinition erfüllen, können sich von qualifizierten Beraterinnen und Beratern zu allen wirtschaftlichen, finanziellen, personellen und organisatorischen Fragen der Unternehmensführung sowie zu Themen der Gleichstellung der Geschlechter, Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und der ökologischen Nachhaltigkeit beraten lassen. Konkret bestehen so Förderungsmöglichkeiten zu konzeptionellen Beratungen mit Blick auf die Lieferkettensorgfaltspflichten, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Verpackungsverordnung, Entwaldungsverordnung sowie die Verpflichtung zur elektronischen Rechnungsstellung und damit verbunden weiterer digitaler EDV-Systeme.

Als Förderung erhalten die KMU einen Zuschuss zu den Beratungskosten. Wichtig ist dabei, dass die Antragstellung vor der Beratung erfolgt. Die Höhe richtet sich nach der Bemessungsgrundlage sowie dem Standort der



beratenen Betriebsstätte. Die förderfähigen Beratungskosten betragen maximal 3.500 Euro. Der Zuschuss beträgt für Unternehmen mit Betriebsstätte in den neuen Bundesländern (ohne Berlin und ohne Leipzig) sowie in den Regionen Lüneburg und Trier 80 Prozent, in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin und Leipzig, aber ohne die Regionen Lüneburg und Trier) 50 Prozent.

Das Programm zur Förderung von Unternehmensberatungen für KMU findet gute Resonanz. Seit Anfang 2023 konnten wieder viele kleine und mittlere Unternehmen eine Förderung über das von der Europäischen Union kofinanzierte Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) für die Einbindung von externen Beraterinnen und Beratern erhalten, um sich an aktuelle betriebliche Anforderungen und den wirtschaftlichen Wandel anzupassen, aber auch gesellschaftspolitische Trends aufzunehmen. Interessierte Unternehmen aus dem Groß- und Außenhandel und die B2B-Dienstleister können sich bei Fragen zu Fördermöglichkeiten und zum Programm gerne telefonisch und per E-Mail an die BBG wenden.

## BBG Bundesbetriebsberatungsstelle GmbH

Michael Alber, Geschäftsführung  
Iris Thielecke, Assistenz/Antragsbearbeitung  
Ute Becker, Antragsbearbeitung  
Margit Niegel, Antragsbearbeitung

030 590099560      info@betriebsberatungsstelle.de  
www.betriebsberatungsstelle.de





Immer neue Entwicklungen bringen immer neue Herausforderungen mit sich. Es kommt deshalb mehr denn je darauf an, auf Unvorhersehbares vorbereitet zu sein und Risiken wirkungsvoll zu managen.

Die VGA GmbH bietet mit über 70 Jahren Erfahrung im Bereich Handel und Dienstleistung Lösungen, um Ihre betrieblichen Risiken abzusichern. Unsere Expertise ermöglicht es, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, während wir uns um den optimalen Versicherungsschutz kümmern.

Profitieren Sie von unserem Know-how und unserem Engagement für Ihre Sicherheit. Als Mitgliedsunternehmen genießen Sie einen erstklassigen Service ohne zusätzliche Kosten.

Mit unserer Expertise können wir gemeinsam Risiken minimieren. Kontaktieren Sie uns noch heute!

**D&O-Versicherung**

**Cyberversicherung**

**Eigenschadenversicherung**

[www.vga.de](http://www.vga.de)

# den großhandel erforschen

Mit 3,13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert Deutschland überdurchschnittlich viel in Forschung und Entwicklung. Darunter fallen allerdings nicht nur klassische Forschungseinrichtungen und Universitäten. Der weit überwiegende Teil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) wird durch die Wirtschaft getragen und sorgt dafür, dass Deutschland noch immer zu den führenden Innovatoren der Welt gehört. Nominal liegt Deutschland auf Platz fünf aller Länder weltweit mit den meisten jährlichen Patentanmeldungen; im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl sogar auf Platz vier. Und in Europa nimmt Deutschland die Spitzenposition ein, mit weitem Abstand vor dem Vereinigten Königreich und Frankreich.

Allerdings sind die Forschungsschwerpunkte ungleichmäßig verteilt. Die größten Forschungsetats in Deutschland werden von den großen Industrieunternehmen aufgebracht, die damit vermehrt in KI, Robotik, Quantencomputing, Batterie- oder Materialforschung investieren und ihre Budgets durch staatliche Förderung weiter hebeln. Der staatliche Finanzierungsbeitrag sinkt aber seit Jahren und ist von knapp 7 Prozent in den frühen 2000er-Jahren auf inzwischen unter 3,2 Prozent und damit unter den OECD-Durchschnitt gefallen. Dies führt zu einer Schieflage und einer Konzentration auf Forschungsförderung für z. B. Verbundmaterialien, von der die produzierende Großindustrie überproportional profitiert und zu einer Entwicklung, von der mittelständisch geprägte Groß- und Außenhandel abgehängt zu werden droht.

Trotz eines volkswirtschaftlichen Jahresumsatzes von 1,7 Billionen Euro fließen derzeit noch zu wenige Mittel in die Erforschung von Geschäftsmodellen und Technologien für den Groß- und Außenhandel. Es gibt nur sehr wenige private Einrichtungen, die einen Schwerpunkt auf die Erforschung des Groß- und Außenhandels gelegt haben, nur eine geringe Zahl forschender Großhandelsunternehmen und nur schwaches staatliches Engagement mit einer Handvoll spezialisierter Lehrstühle.

Gleichzeitig gibt es Stimmen, die vom Groß- und Außenhandel mehr Selbstbewusstsein in Fragen der Industrieforschung einfordern. Gemeinsam mit 20 weiteren Verbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen hat der BGA deshalb die Forschungsvereinigung Großhandel (ForveG) ins Leben gerufen, um die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle, Technologien und Daten- und Prozessoptimierung in unserer Wirtschaftsstufe zu fördern und deren Erprobung voranzutreiben. Damit ist die ForveG die einzige Forschungsvereinigung in Deutschland, die sich gemeinsam mit ihren Mitgliedern der Erforschung von Großhandelsstrukturen widmet. Sie wird in Zukunft auch Nachwuchsforscherinnen und -forscher dabei unterstützen, praxisrelevante Projekte voranzutreiben.

„Seine Rolle als die Handelsnation Europas verdankt Deutschland den fast 140.000 mehrheitlich mittelständischen Großhandelsunternehmen unseres Landes. Der Großhandel muss seine eigene Innovation nun mutig vorantreiben, um diese Rolle zu verteidigen. Die Erforschung von KI-basierter Automatisierung, von Datenstandards, Data-Spaces sowie von Logistik und Geschäftsmodellen für Großhandel as a Service sind hier nur der Anfang“, sagt Till Blässinger, Vorsitzender der Forschungsvereinigung Großhandel.

Forschungsvereinigung Großhandel  
(ForveG) e.V.

Michael Nitsche, Geschäftsführung  
Daniela Kötter, Assistenz

030 590099588  
www.forveg.de

info@forveg.de

The logo for ForveG, featuring a stylized white 'e' inside a blue circle followed by the text 'ForveG' in a bold, white, sans-serif font.





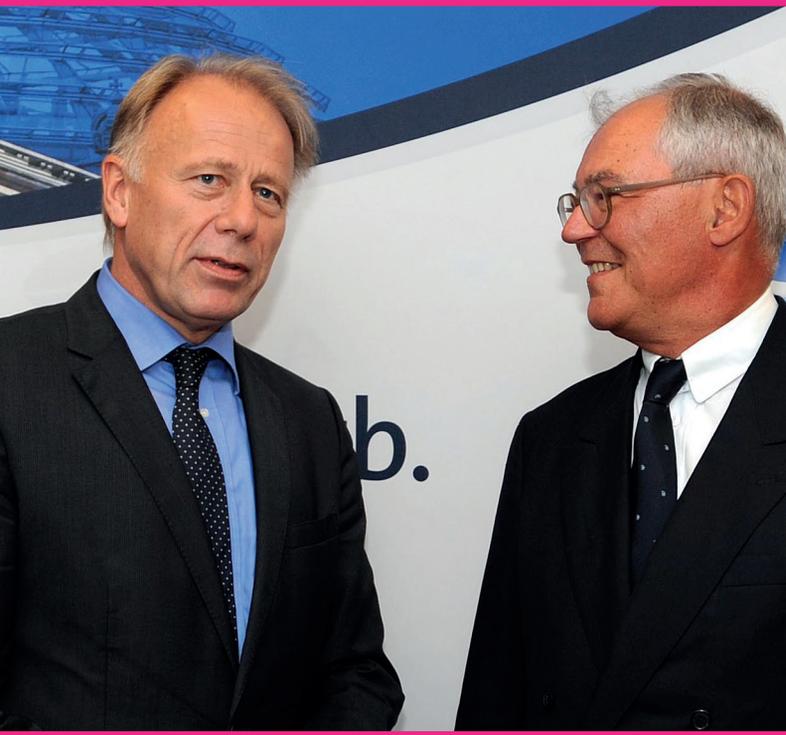
wir handeln für  
deutschland!

BGA  
75











**EIN WIRTSCHAFTLICH STARKES  
EUROPA IST DIE EINZIGE CHANCE,  
UNSERE ART ZU LEBEN UND  
UNSERE WERTE ZU VERTEIDIGEN.**

BGA-Präsident Dr. Dirk Jandura

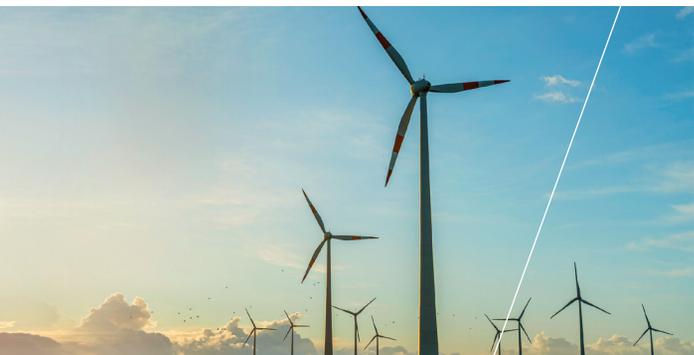
# new green

## Was bleibt vom größten Reformprogramm der EU-Geschichte?

Der 11. Dezember 2019 hätte ein historischer Tag werden können. An diesem Tag gab die Europäische Kommission das Ziel aus, Europa bis 2025 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. In den Medien wurde kolportiert, dass der Name nicht ohne Grund an Roosevelts „New Deal“ der Dreißiger erinnere, der die amerikanische Wirtschaft wieder in Schwung bringen sollte. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, dass alle Bürger ihre „Art zu leben und zu arbeiten, zu produzieren und zu konsumieren, ändern müssen, um gesünder

zu leben und unsere Unternehmen innovationsfähig zu machen“. Sie nannte das Paket sogar „Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment“. Sie und Franz Timermans als zuständiger Vizepräsident überschlugen sich bei den Superlativen.

Hunderte Einzelmaßnahmen wurden angekündigt: Kreislaufwirtschaft, Finanzen, Energie, kurze Lieferwege bei Agrarprodukten – kurzum: eine Bestandsaufnahme aller europäischen Regelungen. Immer vor Augen, dass die Pariser Klimaziele nicht erreichbar sind und Klima tatsächlich etwas anderes



als Wetter ist. Die Kommission adressierte die Chance, dass das Wirtschaftswachstum nach der Corona-Pandemie grün werde. Den Auftakt machte ein Europäisches Klimagesetz, das den klimaneutralen Kontinent verankerte. Die Kommission selbst rechnete vor, dass jährlich 260 Mrd. Euro mehr investiert werden müssten, um die Ziele zu erreichen – von öffentlicher und privater Hand.

Vieles aber blieb vage im Arbeitsprogramm und auch die Unternehmen blickten noch zurückhaltend auf das Paket. Das sollte sich bald ändern. Die Industrie protestierte laut, als es um neue Emissionsgrenzwerte und höhere CO<sub>2</sub>-Preise ging. Der Groß- und Außenhandel sah sich im Monatstakt einer neuen Regelungsflut auf die kleinen und mittelständischen

Unternehmen ausgesetzt. Anfang 2024 demonstrierten wütende Landwirte aus ganz Europa in Brüssel. Auch erste EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, enthielten sich oder stimmten gegen Regelungsvorhaben. Nach Pandemie und explodierten Energiepreisen verschoben sich überall in Europa die politischen Schwerpunkte. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Wirtschaft wieder Luft zum Atmen braucht. Da Existenzen infrage standen, war jedes Wachstum notwendig – ob grün oder grau.

Und grundsätzlich zeigte sich, dass viele Vorhaben immer an den gleichen Problemen kranken: kurze Übergangsfristen und fehlender Praxisbezug. Die Ergebnisse aus den Impact Assessments verpufften, bereits physikalisch waren manche Ideen gar nicht umsetzbar. Das von der Kommission ausgegebene Ziel der „better regulation“ schien vergessen. In den Debatten zeigte sich, dass Pragmatismus ein Fremdwort blieb. Und es wurde teuer; europäische Fördermaßnahmen ein Tropfen auf den heißen Stein. Planungssicherheit fehlte – die Kommission behielt sich an vielen Stellen vor, Regelungen in Zukunft anzupassen. Immer mehr große Unternehmen kündigten an, zukünftig ihre Investitionsentscheidungen außerhalb



COMMERZBANK

# Neue Herausforderungen im Ausland? Trotzdem die Welt erobern.



Mit bewährten Absicherungen machen wir  
Ihr Auslandsgeschäft zuverlässig planbar.

**Zeit, was zu bewegen.**

**Die Bank an Ihrer Seite**

der EU zu treffen. Dennoch hielt die Kommission stoisch an ihrer Agenda fest.

Der Energiesektor stand dabei besonders im Fokus: Das EU-Emissionshandels-system wurde verschärft, ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (CBAM) geschaffen, ein neuer Emissionshandel für Gebäude und Verkehr eingeführt, die Lastenverteilungsordnung novelliert, die Energieeffizienzrichtlinie für Gebäude beschlossen, u. a. mit der Pflicht, Ladesäulen auf Kundenparkplätzen vorzuhalten. Doch auch im Verkehrsbereich wurde angesetzt: neue Vorgaben für die Tankinfrastruktur wurden beschlossen, die CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahr-

zeuge verschärft, neue Restriktionen für Brennstoffe im Flug- und Schiffsverkehr eingeführt.

Im Umweltbereich stand das Abfallrecht ganz oben auf der Agenda: Die Verpackungsverordnung – erst nach harten Verhandlungen entschärft – ist ein gutes Beispiel für „gut gemeint, aber schlecht gemacht“, drei Milliarden Bäume bis 2050 wurden angekündigt, die Öko-Design-Verordnung beschlossen, die Lieferkettenverordnung durchgepeitscht, das Recht auf Reparatur eingeführt. Die Liste ließe sich noch lange fortführen.



Nach fünf Jahren ist auch die letzte Euphorie verklungen. Zwischen den Mitgliedsstaaten überwiegt die Meinung, dass sich Europa in einem harten Wettbewerb mit China und den USA befindet. Die neue strategische Agenda des Rats nennt zwar weiterhin die Klima- und Energiepolitik, doch der Green Deal spielt keine große Rolle mehr. Vielmehr geht es um Sicherheitspolitik und Migration. Und auch innerhalb der EVP – von der Leyen ist immerhin CDU-Mitglied – wurden die Stimmen immer lauter, die statt eines Green Deals einen Economic Deal forderten. Längst hatten sich Kommission und Parlament auseinandergeliebt. Erste Ankündigungen stehen im Raum, Entscheidungen wie das Verbrenner-Aus wieder rückgängig zu machen.

Wird es also ein Rollback beim Green Deal geben und dieser in der Schublade verschwinden? Sicherlich nicht. Die EU kennt keine Diskontinuität. Das Parlament könnte genau dort weitermachen, wo es in der letzten Legislaturperiode aufgehört hat. Längst sind noch nicht alle angekündigten Initiativen abgearbeitet.

Doch die Mehrheiten sehen anders aus als noch vor fünf Jahren. Grüne und linke Parteien haben gefordert, dass mehr passieren muss, rechte Parteien wollen einiges zurückdrehen. Mancher Riss geht sogar quer durch die Fraktionen selbst.

Klimaschutz kann und soll auch nach der letzten Wahl nicht von der Agenda verschwinden. Auch die Wirtschaft weiß, dass sie ihre Geschäftsmodelle für die Zukunft nachhaltig aufstellen muss. Damit Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zu vereinbaren sind, braucht es jetzt ein level playing field, Vertrauen in die Unternehmerinnen und Unternehmer und eine europäische Regulierung, die nicht die Brechstange herausholt, sondern Impulse setzt.

**Der Mann ist noch lange nicht auf dem Mond angekommen. Doch für die nächsten Kilometer erwarten wir: Zuhören, Dialoge mit der Wirtschaft und vor Regelungsinitiativen einen detaillierten und verpflichtenden Praxischeck.**

# regelungs- wut

## Der Bürokratie den Kampf ansagen!

Die Europäische Union wurde mit dem Ziel gegründet, Frieden, Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand in Europa zu fördern. Und sie war ein Erfolgsmodell. Die Schaffung eines einheitlichen Marktes und die Förderung des freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs sind nur die prominentesten Beispiele. Aktuell werden die historischen Errungenschaften der EU jedoch durch die ausufernde Bürokratie überschattet. **Laut Normenkontrollrat kostet diese Bürokratie allein die deutsche Wirtschaft 65 Mrd. Euro pro Jahr.**

60 Prozent aller Gesetzgebungen kommen heute von der Europäischen Union. Allein 2023 wurden vom Europäischen

Parlament und dem Europäischen Rat 330 Basisrechtsakte und 165 Änderungsakte erlassen. Hinzu kommen 1.000 Durchführungs- und sonstige Rechtsakte der EU-Kommission. Die zumeist komplexen Regulierungsvorschriften, umfangreichen Dokumentationspflichten sowie verspäteten und ineffizienten Verwaltungsverfahren belasten unsere Unternehmen finanziell und zeitlich. Sie hemmen Innovationen und erschweren den Marktzugang; das gilt insbesondere für den Mittelstand.

2022 wurde das Prinzip „One in, one out“ eingeführt, es greift in der Praxis jedoch noch lange nicht. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte im April 2023 einen Bürokratie-

abbau von 25 Prozent an, auch dies blieb bis heute ein leeres Versprechen. Zudem ist mit dem REFIT-Programm (Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung) eine Vereinfachung der EU-Rechtsgebung beabsichtigt. Aber auch hier merkt man wenige, um nicht zu sagen, keine Effekte. Im Gegenteil, die neuen zusätzlichen Belastungen durch den Buchstabensalat von CBAM, CSRD, CSDDD, PPWR oder EUDR führen oft zu Überforderungen, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen, die eigentlich gar nicht betroffen sein sollen.

Für die nächste Legislaturperiode hat der BGA zahlreiche Vorschläge zur Bürokratieentlastung gemacht. **Eines unserer Kernanliegen ist ein sogenanntes „Single-Reporting-Tool“. In diesem System würden Unternehmen nur ein einziges Mal alle Informationen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung einpflegen.** So würde die Flut an Fragebögen und Nachweispflichten lediglich einmalig angefragt und die Bürokratielast der KMU um ein Vielfaches gesenkt werden.

Die Fülle an Berichtspflichten ist seit Langem das größte Ärgernis der kleinen und mittelständischen Unternehmen.



Die Kommission weiß von der Problematik, weigert sich jedoch, das Problem anzugehen. Der BGA bleibt dabei: Das bedeutet auch, die bestehenden Gesetze zu prüfen und hier mal deutlich zu entrümpeln und bei neuen Gesetzen mehr zu schauen, ob sie sinnvoll und notwendig sind. Denn die kommenden fünf Jahre werden für die EU und deren Wettbewerbsfähigkeit im geopolitischen Wettstreit entscheidend sein.

# late payment

## Theorie und Praxis klaffen auseinander.

Die Europäische Kommission betreibt nicht nur ein Übermaß an Regulierung, sondern greift bei ihren Vorhaben auch oft in Systeme ein, die gut funktionieren. Leider werden die Kommissionsvorschläge den Bedingungen und Geschäftsabläufen der Praxis selten gerecht und behindern den Wirtschaftsverkehr zunehmend.

Ein Beispiel hierfür ist die EU-Verordnung zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, auch: Late Payments-Verordnung.

Der Entwurf von September 2023 sieht Zahlungsfristen von maximal 30 Tagen vor, gesetzlich festgesetzte Verzugszinsen und ein Verbot, dem Vertragspartner die Verzugszinsen zu erlassen. Geplant ist auch die

Schaffung einer neuen Aufsichtsbehörde in jedem Mitgliedsstaat mit Untersuchungs- und Sanktionsbefugnissen.

Der BGA lehnt das vehement ab. Derzeit gilt im Geschäftsverkehr bei Zahlungsfristen und Verzugszinsen weitreichend Vertragsfreiheit. In Deutschland sind Zahlungsfristen von 60 Tagen und länger zulässig. Auf Verzugszinsen kann der Gläubiger verzichten, und bei Streitigkeiten entscheiden nicht Aufsichtsbehörden, sondern die Gerichte. **Wird der Kommissionsvorschlag umgesetzt, so sind zahlreiche Geschäftsmodelle – gerade im Großhandel – in Gefahr.** Auch schränkt der Vorschlag die Privatautonomie bei gesetzlich vorgegebenen Zahlungsfristen, Zinsen und behördlicher Durchsetzung massiv ein.

Die Vertreter der Mitgliedsstaaten im Rat lehnen den Kommissionsvorschlag größtenteils ab. Vom Parlament wurde er hingegen mit nur geringfügigen Änderungen in erster Lesung bestätigt.

Ein weiteres, sehr praxisfremdes Regulierungsvorhaben der Kommission, ist der Entwurf einer Richtlinie zur Harmonisierung des Insolvenzrechts vom Dezember 2022. Das Regelungsvorhaben ist Teil des Aktionsplans zur Förderung der

Kapitalmarktunion und enthält umfangreiche Änderungen zu Insolvenzanfechtungen, Vermögensermittlung, einen Gläubigerausschuss, ein neues „Pre-Pack-Verfahren“ bei Unternehmensverkäufen und ein spezielles, vereinfachtes Kleinunternehmerverfahren.

Diese Änderungsvorschläge weisen ebenfalls wieder Mängel auf: Es fehlt an Transparenz, an einer hinreichenden Information oder Beteiligung der Gläubiger und ermöglicht erheblichen

## Mit Unternehmertum geht Verantwortung einher – #letsbesustainable

Die Energieeffizienzkampagne bietet zahlreiche Tools, die Unternehmen helfen, klimafreundlich zu werden: Fördermittelwegweiser zeigen, wo es Unterstützung gibt. Leitfäden bieten einen ersten Überblick über spannende Themen.

Und – ganz neu – lässt sich der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Unternehmens mit wenigen Klicks berechnen.



Ob in Fragen der Kreislaufwirtschaft, der Energieeffizienz oder des Klimaschutzes: Die BGA-Energieeffizienzkampagne ist Ihre Anlaufstelle!

Schauen Sie vorbei unter: [energie.bga.de](https://energie.bga.de)

 **BGA**

unterstützt durch:

 **BGA** Energieeffizienzkampagne  
für Großhandel, Außenhandel,  
Dienstleistungen e.V.

Missbrauch. Besonders fehleranfällig ist das vereinfachte Verfahren für zahlungsunfähige Kleinstunternehmen, das in Deutschland den größten Teil der Unternehmensinsolvenzen betrafte. Konzipiert als verwalterloses Verfahren, das der Schuldner in Eigenverwaltung mithilfe von Standardformularen durchführt, wird es der Komplexität der meisten Insolvenzen schlicht nicht gerecht.

Der BGA befürchtet, dass die geplanten Änderungen die Effektivität des deutschen Insolvenzrechts massiv schmälern und Gläubigerrechte gefährden. Daher ist auch dieses Regelungsvorhaben zu stoppen.



# eine neue ära

## größte Reform des EU-Zollrechts

Es soll alles einfacher, digitaler, effizienter, transparenter und schneller werden: Durch die Bereitstellung von Daten über die gesamte Lieferkette soll der Zoll Gefahren besser erkennen können; E-Commerce-Plattformen werden stärker in die Pflicht genommen. Kurzum: Die Vorschläge der Kommission aus Mai 2023 stellen die umfassendste Reform der EU-Zollunion seit deren Gründung 1968 dar.

Die sechs wesentlichen Elemente der Reform sind eine neu zu schaffende EU-Zollbehörde und eine neue EU-Zolldatenplattform (Data Hub), die Schaffung eines „Trust & Check“-Händlers, eine Art Weiterentwicklung des Authorized Economic Operator (AEO), die Stellung von Online-Plattformen wie Einführer, die

damit unter anderem für die Entrichtung von Zoll und Einfuhr-Umsatzsteuer verantwortlich werden, die Abschaffung der aktuell heiß diskutierten 150-Euro-Schwelle, unter der keine Zölle erhoben werden, sowie der Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Datenanalyse.

Die Einführung soll in Stufen erfolgen. Ab 2028 können Händler im Bereich des E-Commerce mit der Teilnahme an der EU-Zolldatenplattform beginnen. Ab 2032 sollen alle anderen Unternehmen folgen, ab 2038 wird die Teilnahme dann für alle verpflichtend.

Die Reform stellt einen systemisch tiefen Eingriff dar. Außenhändler sind gut beraten, den weiteren Vorgang aufmerksam zu beobachten. Denn es ist gesunde Skepsis angebracht. So droht auch hier: „Gut gedacht ist nicht unbedingt gut gemacht“.

Aber damit kein Missverständnis aufkommt: Der BGA und auch viele seiner Mitgliedsverbände sowie EuroCommerce, als Dachverband in Brüssel, begrüßen grundsätzlich die Reform, ist das bisherige System doch viel zu schwerfällig. Jetzt geht es um die Details.

Wichtige Forderungen sind daher, dass eine ausreichende Unterstützung und Schulungen für betroffene Unternehmen bereitgestellt werden.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten nicht zu gefährden, sollte die Reform genügend Spielraum für nationale Besonderheiten lassen.

Schließlich ist eine Balance zwischen Erleichterung des Handels und wirksamer Zollkontrolle zu finden. Augenmaß ist auch bei den geplanten Änderungen der Lagerdauer von Waren in Zolllagern geboten. Der BGA wünscht sich, flexible Regelungen zu schaffen, die unterschiedliche Branchenbedürfnisse berücksichtigen.

Der „Single Point of Entry“ soll theoretisch die Prozesse vereinfachen, doch die Praxis zeigt oft ein anderes Bild. **Der BGA fordert daher, dass Pilotprojekte und ausführliche Tests vor einer flächendeckenden Einführung stattfinden, um mögliche Schwachstellen frühzeitig zu erkennen und zu beheben.** Die EU muss zudem sicherstellen, dass die Reformprozesse transparent sind und die Meinungen der Stakeholder angemessen gewichtet werden. Abschließend fordert der BGA eine stärkere Einbindung der betroffenen Parteien, insbesondere des Handels, um vor allem praxisnahe und realistische Lösungen zu entwickeln.



U.S. Customs and Border Protection  
San Ysidro Port of Entry

SAN YSIDRO PORT OF ENTRY

CHURROS  
ENCANELADOS  
Y TAJALIA

# handel im umbruch

## Erschließen Sie neue Märkte mit Ihrer Globalen Hausbank.

100 Prozent Sonderzölle auf chinesische Elektroautos. US-Präsident Joe Biden geht im Handelsstreit mit China auf Konfrontation. China flutet die Märkte mit künstlich verbilligten Exporten, heißt es aus dem Weißen Haus. Auch die EU will die Zölle auf chinesische E-Autos erhöhen. China wiederum droht mit ähnlichen Schritten, diese würden auch deutsche Unternehmen treffen. Das zeigt: Geopolitische Rivalitäten und Protektionismus belasten den internationalen Handel. Handelsvolumen verschieben sich, der Welthandel ordnet sich neu. Globalisierung findet immer noch statt und ist für den Unternehmenserfolg entscheidend, aber differenzierter als bisher.

### Jetzt Chancen auf neuen Märkten nutzen

Aber was bedeutet das für den deutschen Außenhandel? Diese Frage ist essenziell für unsere Volkswirtschaft. Schließlich wird bei uns etwa ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts im Export verdient. Und auch deutsche Unternehmen sind längst dabei, ihre Partnerschaften im Handel neu zu justieren. Dafür spricht, dass die USA gerade China als Deutschlands wichtigsten Handelspartner abgelöst haben.

Unternehmen sollten daher über ihre Expansion nachdenken, neue Märkte erschließen und sich nach zusätzlichen Kunden und Lieferanten umsehen. Zudem müssen Wertschöpfungsketten krisensicherer gestaltet werden – Globalisierung kann eine Strategie sein. Unternehmen können sich so deutlich besser positionieren, es bedeutet aber auch, sich in neuen Weltregionen zurechtfinden zu müssen.

### Globale Hausbank: Ihr Partner, bei uns und international

Hierbei kann Sie die Deutsche Bank unterstützen: als Ihre Globale Hausbank. Darunter verstehen wir, dass wir Sie sowohl zu Hause in Deutschland als auch im Ausland mit unseren Dienstleistungen begleiten und mit unserer vor Ort Expertise beraten.



Wir bieten Ihnen finanzielle Sicherheit bei Ihrer Expansion, unterstützen bei weltweitem Zahlungsverkehr und sichern Ihr internationales Geschäft ab. Wir verfügen über ein Netzwerk in 150 Ländern und genaue Kenntnisse der länderspezifischen Prozesse und Regularien. Globale Hausbank heißt, geschäftliche Risiken zu minimieren und auch auf neuen Märkten an Ihrer Seite zu sein.

### Lieferketten gemeinsam nachhaltig machen

Globale Hausbank bedeutet aber auch, bei Ihrer Expansion die Themen mitzudenken, die schon heute wichtig sind und morgen entscheidend sein werden. Neben der Digitalisierung ist dies vor allem das Thema Nachhaltigkeit. Schon bald wird kein Unternehmen an nachhaltigen Lieferketten vorbeikommen. Auch wenn hiermit Aufwand verbunden ist, bleibt Nachhaltigkeit alternativlos, um zukunftsfähig und attraktiv im Wettbewerb zu sein. Auch regulatorische Anforderungen und die Implementierung von ethischen Standards sowie Umweltrichtlinien müssen im Vorfeld bedacht sein. Wir haben viel Erfahrung beim Begleiten von Unternehmen im Ausland, denn genau dafür wurde die Deutsche Bank vor mehr als 150 Jahren gegründet. Wir sind an Ihrer Seite, als Ihre Globale Hausbank, zuhause und in der Welt.

Gastbeitrag von Dr. Christian Gerhardt  
Leiter BizBanking, Unternehmensbank,  
Deutsche Bank AG

[christian.gerhardt@db.com](mailto:christian.gerhardt@db.com)  
[www.deutsche-bank.de](http://www.deutsche-bank.de)



# die zeit rennt

## Fehlstart der Entwaldungsverordnung vermeiden!

Im Juni 2023 wurde die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Ab 30. Dezember 2024 muss sie angewendet werden. Das dahinterstehende Ziel, den Waldbestand global zu schützen, ist unbestritten und wird von uns unterstützt. Eine rechtssichere Anwendung ab dem genannten Datum erscheint gegenwärtig aber unrealistisch, da noch zu viele Fragen ungeklärt sind.

So ist ein funktionierendes Informationssystem, wie von der Verordnung vorgesehen, bislang nicht vorhanden. Hier müssen Millionen von Datensätzen eingepflegt werden, um nachzuweisen, dass betroffene Rohwaren und Produkte tatsächlich von entwaldungsfreien

Flächen stammen. Die EU-Kommission hat zwar erste Spezifikationen zu einer Schnittstelle zu dem Informationssystem veröffentlicht, ob das aber ausreicht, um die massiven Mängel, die ein Pilottest des Systems zutage gefördert hat, bis zum geplanten Anwendungsstart auszuräumen, bleibt zu bezweifeln. Darüber hinaus ist der Zeitplan der Kommission sehr ambitioniert. Registrierungen im Informationssystem sollen ab November, Eintragungen ab Dezember 2024 möglich sein. Allein in Deutschland müssen sich in der gesamten Wertschöpfungskette hunderte tausende Unternehmen auf die neuen Bestimmungen einstellen.



Fragwürdig ist, ob das Informationssystem dem Ansturm standhält, wenn sich in den zwei Monaten alle in der EU betroffenen Unternehmen registrieren wollen.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der EUDR ist das Länderbenchmarkingsystem, das die Länder der Welt in die Gruppen „geringes Risiko“, „normales Risiko“ und „hohes Risiko“ einteilt. Die Einstufung in die Risikogruppen beeinflusst den Umsetzungsaufwand. Auch das Benchmarkingsystem soll zum Ende des Jahres angewendet werden. Entscheidende Fortschritte der EU-Kommission sind bislang aber nicht erkennbar. So laufen die Marktteilnehmer Gefahr, dass alle Länder in die Kategorie „normales Risiko“ fallen, wodurch unnötige Bürokratie entsteht, weil die EU mit ihren eigenen Regeln nicht rechtzeitig fertig wird.

Diese und andere offene Fragen müssen erst von der EU-Kommission umfassend beantwortet werden. Fairerweise sollte den betroffenen Unternehmen ausreichend Zeit zugestanden werden, um die erforderlichen umfangreichen Investitionen und organisatorische Umstellungen zur Vorbereitung in den Betrieben durchzuführen.

Neben der technischen Umsetzung müssen nicht zuletzt auch die Mitarbeitenden in die Lage versetzt werden, die Bestimmungen der EUDR umzusetzen. Am Ende sind sie es nämlich, die die rechtssichere Anwendung zu verantworten haben.

**Deshalb fordert der BGA, dass zumindest die wichtigsten Voraussetzungen geklärt sind, bevor es zur Anwendung der EUDR kommt. Dann droht auch kein Fehlstart mit weitreichenden Folgen: Allen voran die Beeinträchtigungen für die Agrarrohstoff- und Lebensmittelversorgung der EU, globale Marktverwerfungen, zusätzliche Bürokratiebelastungen sowie existenzielle Auswirkungen für Millionen von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen weltweit.**

# gamechanger biokohle

## Exportbooster der ghanaischen Landwirtschaft

Am Mittwoch, den 19.06. zur Mittagszeit, löst Ali Maru mit seinem Team die Schrauben und öffnet den Deckel des Reaktors der Pyrolyseanlage. In den vergangenen 24 Stunden wurden Holzreste karbonisiert. Ali Maru, der sich seit über 15 Jahren mit biologischer Landwirtschaft beschäftigt, ist begeistert von der Qualität der Biokohle, die er erstmalig in einer derartigen Anlage in Sogakope, zweieinhalb Autostunden entfernt von der ghanaischen Hauptstadt Accra, produziert.

Die Beschäftigung mit Biokohle kommt nicht ohne Anlass. Die meisten ghanaischen Böden sind leicht sauer und werden durch den fortgesetzten Anbau, insbesondere von Obst und Gemüse, immer saurer.

Schwermetalle wie Eisen und Aluminium ersetzen die wesentlichen Pflanzennährstoffe, wodurch die Fruchtbarkeit und Gesundheit des Bodens abnehmen. Diese und viele andere Faktoren erhöhen die Produktionskosten der Landwirte und verringern die Produktivität und die Exportfähigkeit des ghanaischen Agrarsektors.

An dieser Schnittstelle haben sich die Wege des BGA Partner-Afrika-Projekt und die Lösungsansätze von Ali Maru im Jahr 2021 verbunden. Bei 24 Projektpartnern, die vornehmlich Ananas, Mango und Süßkartoffeln kultivieren, wurden 2021 Bodenproben in einem europäischen Labor analysiert und eine Übersäuerung festgestellt.

Der Bedarf für eine Verbesserung des Nährstoffgehalts ist offenkundig. Michael Krodua, Experte für Bewässerungssysteme, vernetzte den Projektleiter Christopher Mars mit Ali Maru.

Aus der dreijährigen Zusammenarbeit und der Anschubinvestition in eine Pyrolyseanlage, geliefert von der Firma SPSC aus Ottobrunn bei München, erwächst nun eine nahezu tägliche Produktion von Biokohle,

die Ali Maru mit seinem Team für die Herstellung von kohlenstoffreichem, organischem Dünger nutzt. Dieser setzt sich aus verschiedenen Biokohlen zusammen, die wiederum aus landwirtschaftlichen Abfällen produziert werden.

Die Durchmischung des Düngers leitet Ali Maru aus Bodenproben und den Anforderungen der Pflanzen ab.



Ziel ist, dass die Biokohle den organischen Kohlenstoffbestand, die Wasser- und Nährstoffspeicherkapazität, den pH-Wert des Bodens, die Bodenstruktur, die nützlichen Mikroben im Boden und die Bodengesundheit verbessern, Nährstoffverluste reduzieren und gleichzeitig den Einsatz von toxischen Elementen/Metallen und schweren chemischen Düngemitteln verringern soll. Daraus resultiert eine höherwertige und nachhaltige Obst- und Gemüseproduktion, mit der die Umweltverschmutzung verringert wird und letztlich die Exportfähigkeit ghanaischer Produzenten steigt.

Das Know-how für diesen möglichen Umschwung in der ghanaischen Landwirtschaft hat sich Dr. Ali Maru unter anderem in Malaysia von 2013 bis 2019 erarbeitet. Mit einem Forschungsteam hat er dort innerhalb eines Projekts mit australischer Biokohle die

Produktion von Reis auf ein höheres Niveau gebracht. Die Ausbringungsmenge des Projekts wurde auf 8 Tonnen verdoppelt, der Anteil Stickstoff um 25 Prozent, Kalium um 50 Prozent und Phosphor um 100 Prozent reduziert. **Diese Erfahrungen vereinen sich in dem BGA PartnerAfrika-Projekt mit den Hauptprodukten Süßkartoffeln, Ananas und Mango.**

Bis Ende 2026 wird in der dreijährigen Laufzeit des Projekts an der Schnittstelle zwischen Fachverbänden und exportierenden Produzenten, nah dran an den operativen Prozessen, die Produktivität für Frischware und weiterverarbeiteten Produkten (unter anderem Mehle und Pürees) gesteigert.

# weiße dächer

## Malu Dreyer besucht Projekt in Kigali

In der ersten Phase des "Cool White"-Projektes in Südafrika und Ruanda, welches Mitte 2024 abgeschlossen wurde, ging es um einen Nachweis, dass passive Kühlung durch weiße Dächer messbar gelingen kann.

Initiiert wurde das Projekt durch die im Auftrag des BMZ entsandten **Business Scouts for Development in Kooperation mit dem BGA und dessen relevanten Mitgliedsverbänden**. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt konnte auch die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) für die notwendigen Messungen gewonnen werden. Auf lokaler Ebene waren vor allem die Partnerinstitutionen der PTB beteiligt, das Ruanda Standards Board (RSB) und das National Metrology Institute of

South Africa (NMISA), welche die praktischen Messungen vorbereitet und begleitet haben.

Anfang April dieses Jahres besuchte Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit einer Delegation ein Unternehmen, dessen Dach in Kigali im Rahmen des Projektes weiß gestrichen worden war. Die Reaktionen der Delegation waren begeistert. Malu Dreyer regte spontan an, dass alle neuen Gebäude, die im Rahmen der bestehenden Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda gebaut werden, mit weißen Dächern ausgestattet werden. Auch zu sanierende Dächer sollten zukünftig direkt weiß gestrichen werden.



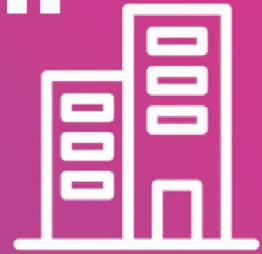
Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorstandssprecher der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Teil der Delegation, sagte vor Ort: „Ganz definitiv liegt auch manchmal das Gute in den einfachen Dingen – und gerade, wenn wir über die Verstädterung in Afrika reden – und die Prognosen sagen, dass sich die Verstädterung mindestens um 50 Prozent in den nächsten 20 Jahren erhöhen wird – ist das eine der Fragen, die uns beschäftigen muss: Wie wir die Städte bauen – um auch mit der Erwärmung der Innenstädte zurechtzukommen – und deswegen ist das hier ein schönes kleines, aber sehr praktisches Beispiel.“

Um den Nutzen der weißen Dächer für Industriekunden und private Haushalte deutlich zu machen, führte das spanische Instituto de Ciencias de la Construcción Eduardo Torroja (IETcc-CSIC) Ende 2023 thermooptische Messungen zur Reflexionskraft der im Rahmen von „Cool White“ verwendeten weißen Anstriche durch und verglich es mit den normalerweise genutzten beschichteten und unbeschichteten Metalldächern. Die spanischen Wissenschaftler konnten die erheblichen Einsparungen, die durch weiße Dächer erzielt werden können, am Beispiel

eines Fabrikgebäudes in Ruanda rechnerisch nachweisen. Im Zuge einer Simulation wurde der Kühlungseffekt durch ein weißes Dach berechnet. Beim ersten Szenario mit einer natürlichen Belüftung und ohne Klimaanlage, betrug der Unterschied der Raumtemperatur vier Grad zwischen rotem und weißem Dach.

Beim zweiten Szenario mit Klimaanlage errechneten sie Energieersparnisse von 8.84 kWh/m<sup>2</sup> pro Monat, wenn die Innentemperatur 25 Grad Celsius betragen soll. Bei einem durchschnittlichen Industrie-Strompreis von neun Cent/kWh, belaufen sich die Ersparnisse für einen Monat für das 421 m<sup>2</sup> großes Gebäude auf 335 Euro. Für private Haushalte sind sogar größere Einsparungen vorstellbar, da für sie der Strompreis in etwa doppelt so hoch liegt. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit soll in einer möglichen Folgephase ausgebaut und intensiviert werden. Dafür sind auch Schulungen für Handwerker in den Partnerländern eingeplant, um die Technologie nachhaltig einzuführen.

**139.000 unternehmen**



**> 2 mio. beschäftigte**

**54.000 auszubildende**



**1,7 bio. € umsatz p. a.**



**38 branchen-  
+ 22 landes- und  
regionalverbände**

# wer wir sind

## Groß- und Außenhandel, das Dienstleistungszentrum der deutschen Volkswirtschaft

Als Dachverband vertreten wir 139.000 Unternehmen des Groß- und Außenhandels sowie unternehmensnahe Dienstleister mit über 2 Millionen Beschäftigten und 54.000 Auszubildenden, die einen Jahresumsatz von 1,7 Billionen Euro erwirtschaften. Wir versorgen Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie.

Wir bündeln das Know-how von 38 Branchen- und 22 Landes- und Regionalverbänden und sind die allgemeine berufsständische, wirtschafts- und sozialpolitische Interessenvertretung. Wir informieren praxisnah über die Auswirkungen von Gesetzgebungen auf die Unternehmen und flankieren mit intensiver Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Lobbytätigkeit.

# nicht zaudern, handeln!

## Interview mit Michael Alber, Geschäftsführer des BGA

**Herr Alber, die Welt schaut gebannt auf die Veränderungen der jüngsten Vergangenheit. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach mit Blick auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine von einer Zeitenwende. Was hat sich aus dieser Zeitenwende für Deutschland ergeben?**

In den vielen Nachkriegsjahren haben wir in Europa und Deutschland Stabilität und Verlässlichkeit durch Frieden und Freiheit erfahren. Die verbindenden Grundwerte in Europa waren Grundlage für Wohlstand, Wachstum und Sicherheit und dies gerade mit der Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands durch den Fall der Berliner Mauer 1989. Mit dem An-

griffskrieg mussten wir jedoch erkennen, dass die Errungenschaften aus Frieden und Freiheit kein Selbstverständnis sind und auch nicht von allen geteilt werden. Die freiheitliche Welt ist gefordert, ihre Werte zu verteidigen und Wege in die Zukunft auf Grundlage der fundamentalen Veränderungen aufzuzeigen. Dazu muss gerade auch Deutschland, als ein politischer Stabilitätsanker und Wirtschaftsmotor in Europa, beitragen. Es ist zwar zu begrüßen, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Herausforderungen in seiner Zeitenwende-Rede frühzeitig erkannt hat, allerdings ist der Kurs aber eher von Lavieren, Zögern und Zaudern geprägt.

**Bedarf es in dieser schwierigen Zeit nicht eher einer grundsätzlich umsichtigen Politik?**

Die Sicherung von Frieden und Freiheit bedarf sicherlich eines umsichtigen und bedachten Handelns. Es ist zu begrüßen, dass sich Bundeskanzler Scholz klar für die Unterstützung der Ukraine ausgesprochen hat. Die Maßnahmen im Kreis der Gemeinschaft, die unsere Werte teilt, abzustimmen, ist zweifelsfrei richtig, aber es besteht vielfach der Eindruck, dass Deutschland eher auf der Bremse steht und den Entwicklungen hinterherläuft. Als größte Volkswirtschaft in Europa wird von uns jedoch mehr erwartet. Wenn wir uns als einer der größten Geldgeber sehen, ist dies ein wichtiges und richtiges Signal, aber es wird auch mehr Verantwortung und Führung erwartet. Nach über zwei Jahren Krieg in der Ukraine kann die Lehre nur sein, entschlossen und klar Grenzen aufzuzeigen und Autokratien nicht gewähren lassen. Dazu bedarf es vor allem einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Staaten, die unsere Werte teilen. Deutschland und Europa müssen sich in der zunehmenden Defragmentierung der Welt dem Wettbewerb konsequent stellen und dazu die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit



stärken. Ein „weiter so wie bisher“ mit weiterer Regulierung und Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft darf es nicht geben.

**Nach dem World Competitiveness Center ist Deutschland unter den 64 verglichenen Ländern im Standortranking um weitere sieben Plätze zurückgefallen und liegt nun nur noch auf Platz 22 und damit knapp hinter China. Vor zehn Jahren lag Deutschland noch auf Platz 6. Müssen wir uns damit abfinden, dass wir nur noch im Mittelfeld spielen?**

Deutschland ist auf vielen Feldern immer noch Technologieführer und seine Produkte



und Technologien weltweit gefragt. Wir sehen uns jedoch mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert: Eine lahrende Konjunktur einerseits und vielfältige strukturelle Herausforderungen andererseits. Die Inflation dämpft die Käuferlaune, hohe Baukosten und Zinsen den Wohnungsbau und hohe Energiekosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes. Marode Infrastruktur erschwert Transport und Logistik und die staatliche Verwaltung hinkt der Digitalisierung hinterher. Hinzu kommt eine steigende Regulierungsdichte aus Lieferkettensorgfaltspflichten, Nachhaltigkeitsberichterstattung, CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, EU-Entwaldungsverordnung, Verpackungsverordnung etc., die die gesamte Wirtschaft und gerade die Groß- und

Außenhändler mit neuen bürokratischen und vielfach nicht leistbaren Anforderungen und Pflichten trifft. Umwelt- und Klimaschutz stehen nicht in Frage, allerdings muss der Dschungel an Bürokratie, an Nachweis-, Informations-, Dokumentationspflichten gesenkt werden. Bürokratie und Kostenbelastungen müssen sich verringern und Investitionen und Innovationen sich am Standort Deutschland stärker rechnen. Wenn es uns gelingt, den Standort bei Kosten, Bürokratie, Steuern und Abgaben zu modernisieren, können wir auch wieder in die Spitzengruppe aufschließen.

**Die Bundesregierung hat nun mit dem Bundeshaushalt 2025 eine Wachstumsinitiative verabschiedet. Hilft diese aus Sicht des BGA die Herausforderungen zu meistern?**

Dem Regierungshandeln hat es bisher an Verlässlichkeit und Überzeugungskraft gemangelt. Erinnern wir uns nur an das Wachstumschancen-gesetz: ambitioniert gestartet, abgeschmolzen und eingedampft beendet. Auch die Bürokratieentlastungsgesetze haben bislang zu keiner spürbaren Entlastung geführt. Es darf daher nicht verwundern, wenn angesichts enttäuschter Erwartungen die Stimmung in der Wirtschaft in den vergan-

genen Monaten in den Keller gefahren ist und die Unternehmen kritisch auf politische Ankündigungen schauen. Nun wird es darauf ankommen, dass die Wachstumsinitiative keine heiße Luft bleibt und die Maßnahmen konkretisiert, in Gesetzesform gegossen und zügig umgesetzt werden. Aus Sicht des BGA wird dabei entscheidend sein, ob und inwieweit mit den Maßnahmen auch tatsächlich Entlastungen und Rechtsvereinfachung mit der Beschleunigung von Investitionen einhergehen. Die Zeit ist kurz, wenn die Bundesregierung noch Erfolge auf Ihr Konto verbuchen will.

**Die Wachstumsinitiative steht in engem Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 2025. Die Ausgaben werden für das Jahr 2025 auf 480 Milliarden Euro reduziert und die öffentlichen Investitionen mit nur 57 Milliarden Euro fortgeführt. Rund 45 Milliarden Euro des Haushalts werden über neue Schulden finanziert. Sollte angesichts eines hohen Investitionsbedarfs die Schuldenbremse gelockert werden?**

Nach der Ausweitung von Ausgaben und Schulden zur Bewältigung der Corona-Pandemie müssen wir perspektivisch zu einer Politik ausgeglichener

Haushalte ohne neue Schulden zurückkehren. Die in den vergangenen Jahren auf rund 2,5 Billionen Euro sprunghaft angestiegene Staatsschulden mögen wir finanziell tragen können, wir dürfen jedoch nicht außen vorlassen, dass wir aktuell besondere Herausforderungen zur Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit schultern, die Infrastruktur modernisieren und die Schulden von heute nicht nur verzinsen, sondern auch tilgen müssen. Bei inzwischen wieder höheren Zinsen engt die teurere Refinanzierung die künftigen politischen Handlungsspielräume ein. Allein die Zinslast des Bundes hat sich von 3,9 Mrd. Euro im Jahr 2021 inzwischen nahezu verzehnfacht. Und auch Sondervermögen – wie für Klima- und Umweltschutz oder Bundeswehr – sind keine Dauerlösung, diese Schulden müssen finanziert werden. Mit Blick auf den demografischen Wandel ist es kritisch, wenn gerade die jungen Generationen heute eine massive Ausweitung der Verschuldung fordern, deren enorme Lasten sie als kleinere Kohorte, verglichen mit den in den kommenden Jahren aus dem Berufsleben ausscheidenden Babyboomern, in Zukunft tragen müssen. Die Finanzierungsinstrumente sind beschränkt und Steuern auch keine Lösung für alle Heraus-

forderungen, wenn die Steuerzahler nicht überfordert und Deutschland moderner und klimaneutral werden soll. Die Schuldenbremse muss daher hemmungsloser Schuldenpolitik eine klare Grenze setzen.

**Herr Alber, Sie setzen sich seit 2000 für die Interessen des Groß- und Außenhandels und der B2B-Dienstleister ein und haben die Agenda 2010, die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/10, die Corona-Pandemie und nun den Ukraine-Krieg beim BGA miterlebt. Was macht den BGA so interessant?**

Wir blicken auf bewegende Zeiten zurück und nicht minder herausfordernde stehen bevor. Wie bringen wir die Wirtschaft in Schwung, wie meistern wir Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie gelingt es, Wirtschaft und insbesondere den Groß- und Außenhandel in Zeiten von Deglobalisierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischen Wandel voranzubringen? Dies sind spannende Themen, an deren Lösung der BGA als Interessenver-

treter der Groß- und Außenhändler im Dialog mit Politik, Administration und anderen Wirtschaftsorganisationen mitgestaltet. Der BGA verfolgt dabei stets einen ordnungspolitisch geradlinigen Kurs und setzt sich klar für die Modernisierung der Angebotsbedingungen ein. Kritisch dabei ist, dass erst besondere Ereignisse der Politik einen Push geben, Reformen und Modernisierung zur Zukunftssicherung voranzubringen. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist es gerade heute wichtig, sich nicht nur mit Kritik, sondern gerade auch mit Vorschlägen einzubringen, wie es der BGA in seinem Engagement deutlich und nachhaltig tut. Wir wollen mehr Dynamik und weniger Bürokratie schaffen und brauchen eine wettbewerbsfähige und leistungsfähige Wirtschaft, um die vielfältigen Herausforderungen heute und in Zukunft zu meistern. Dies macht den BGA interessant.



**WIR WOLLEN MEHR DYNAMIK UND WENIGER  
BÜROKRATIE SCHAFFEN UND BRAUCHEN  
EINE WETTBEWERBSFÄHIGE UND LEISTUNGS-  
FÄHIGE WIRTSCHAFT, UM DIE VIELFÄLTIGEN  
HERAUSFORDERUNGEN HEUTE UND IN  
ZUKUNFT ZU MEISTERN.**

BGA-Geschäftsführer Michael Alber

## Baden-Württemberg

grosshandel-bw Verband für Dienstleistung, Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg e.V.

Friedrichsplatz 9, 68165 Mannheim  
0621 150030 info@grosshandel-bw.de  
[www.grosshandel-bw.de](http://www.grosshandel-bw.de)  
Präsident Ulrich Gutting  
Hauptgeschäftsführer Boris Behringer

## Bayern

Landesverband Bayern Großhandel • Außenhandel • Dienstleistungen e.V. (LGAD)

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München  
089 5459370 info@lgad.de  
*Geschäftsstelle Nürnberg*  
Sandstraße 29, 90443 Nürnberg  
0911 203180/81 nuernberg@lgad.de  
[www.lgad.de](http://www.lgad.de)  
Präsident Christoph Leicher  
Hauptgeschäftsführer Christian Klingler

## Berlin/Brandenburg

Unternehmens- und Arbeitgeberverband für Großhandel und Dienstleistungen e.V. (AGD)

Kurfürstendamm 96, 10709 Berlin  
030 308311411 info@agdonline.de  
[www.agdonline.de](http://www.agdonline.de)  
Vorsitzender André Neumann  
Geschäftsführer Christian Kärgel

**Landesverband des Groß- und Außenhandels für Berlin und Brandenburg e.V. (LGA)**

Kurfürstendamm 96, 10709 Berlin  
030 308311411 info@lgaonline.de  
[www.lgaonline.de](http://www.lgaonline.de)  
Vorsitzender Robert Kania  
Geschäftsführer Christian Kärger

## Hessen

**Verband Großhandel Außenhandel Verlage und Dienstleistungen Hessen e.V. (AGH)**

Flughafenstraße 4A, 60528 Frankfurt am Main  
069 72355-6/-7/-8 info@agh-hessen.de  
[www.agh-hessen.de](http://www.agh-hessen.de)  
Vorsitzender Prof. Dr. Georg Wagner  
Geschäftsführer Dirk Glock

## Norddeutschland

**AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.**

Kurze Mühren 1, 20095 Hamburg  
040 308010 aga@aga.de  
[www.aga.de](http://www.aga.de)  
Präsident Dr. Hans Fabian Kruse  
Hauptgeschäftsführer Volker Tschirch

## Landesgruppe Bremen

Bremer Industriehaus  
Schillerstraße 10, 28195 Bremen  
0421 3349850  
Vorsitzender Helmut Münnich  
Hauptgeschäftsführer Volker Tschirch

## Landesgruppe Hamburg

Kurze Mühren 1, 20095 Hamburg  
040 308010  
Vorsitzender Dr. Peter Bielert  
Hauptgeschäftsführer Volker Tschirch

## Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Silder Moor 9, 18196 Kavelstorf  
Geschäftsführer Philipp Neddermeyer

## Landesgruppe Niedersachsen

Königstraße 9, 30175 Hannover  
0511 3365120  
Vorsitzender Helmut Münnich  
Geschäftsführer Philipp Neddermeyer

## Landesgruppe Schleswig-Holstein

*Geschäftsstelle Kiel*  
Haus der Verbände  
Lindenallee 16, 24105 Kiel  
0431 5402880  
Vorsitzende Ines Kitzing  
Geschäftsführer Volker Hepke

## Großhandels- und Dienstleistungsverband Braunschweig e.V. (GDV)

Wilhelmitorwall 32, 38118 Braunschweig  
0531 242100            service@agv-bs.de  
[www.agv-bs.de](http://www.agv-bs.de)  
Vorstandsvorsitzender Max Richter  
Geschäftsführer            Lars Alt

## Großhandelsverband im Wirtschaftsbereich Osnabrück-Emsland e.V.

Parkstraße 40, 49080 Osnabrück  
0541 94169 16            info@grosshandelsverband.de  
[www.grosshandelsverband.de](http://www.grosshandelsverband.de)  
Präsident                    Helmut Münnich  
Geschäftsführer            Niels Lohmann

# Nordrhein-Westfalen

## Landesverband Großhandel – Außenhandel – Dienstleistungen Nordrhein-Westfalen e.V. (LGAD)

Achenbachstraße 28, 40237 Düsseldorf  
0211 669080            nrw@wigadi.de  
[www.wigadi.de](http://www.wigadi.de)  
Präsident                    Volker Schlinge  
Geschäftsführer            Michael Grütering

## Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Großhandel – Außenhandel – Dienstleistung Bergisch Land e.V.

Wettinerstraße 11, 42287 Wuppertal  
0202 25800            info@vbu-net.de  
[www.vbu-net.de](http://www.vbu-net.de)  
Vorsitzender                Jan Peter Coblenz  
Geschäftsführer            Dr. Uwe Kirchhoff

#### WIGADI Rheinland Düsseldorf-Niederrhein e.V.

Achenbachstraße 28, 40237 Düsseldorf  
0211 669080            duesseldorf@wigadi.de  
[www.wigadi.de](http://www.wigadi.de)  
Vorsitzender            Volker Schlinge  
Geschäftsführer        Michael Grütering

#### WIGADI Emscher-Lippe/Vest Recklinghausen e.V.

Zeppelinallee 51, 45883 Gelsenkirchen  
0209 945040            gelsenkirchen@wigadi.de  
[www.wigadi.de](http://www.wigadi.de)  
Vorsitzender            Jörg Niederehe  
Geschäftsführer        Michael Grütering

#### WIGADI Rheinland Köln-Aachen-Bonn e.V.

Salierring 32, 50677 Köln  
0221 9977110            koeln@wigadi.de  
[www.wigadi.de](http://www.wigadi.de)  
Vorsitzender            Dr. Dietmar Zühlke  
Geschäftsführer        Michael Grütering

#### WIGADI Münsterland e.V.

Ossenkampstiege 111, 48163 Münster  
0251 70383770            muenster@wigadi.de  
[www.wigadi.de](http://www.wigadi.de)  
Vorsitzender            Hans-Peter Flinks  
Geschäftsführerin      Sahi Onay  
Geschäftsführer        Michael Grütering

**Wirtschaftsvereinigung Großhandel-Außenhandel-Dienstleistung  
Niederrhein e.V.**

Ostwall 227, 47798 Krefeld  
02151 62700 info@un-agv.de  
[www.un-agv.de](http://www.un-agv.de)  
Vorsitzender Michael Cames  
Hauptgeschäftsführerin Kirsten Wittke-Lemm  
stellv. Hauptge-  
schäftsführer Dr. Ralf Wimmer

**AGAD Arbeitgeberverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.**

Waldring 43-47, 44789 Bochum  
0234 2825330 info@agad.de  
[www.agad.de](http://www.agad.de)  
1. Vorsitzender Frank Schneider  
2. Vorsitzender Edmund Skopyrla  
Hauptgeschäftsführer Dr. Oliver K.-F. Klug

**Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen  
Ostwestfalen-Lippe e.V.**

Talbrückenstraße 2, 33611 Bielefeld  
0521 61794 info@wgad.de  
[www.wgad.de](http://www.wgad.de)  
Vorstandsvorsitzende Annette Küstermann  
Geschäftsführerin Maren Vogel  
Geschäftsführer Michael Grütering

# Rheinland-Rheinessen

Arbeitgeberverband Großhandel-Außenhandel-Dienstleistungen  
Rheinland-Rheinessen e.V.

Trottgasse 253, 56077 Koblenz  
0261 32031 arbeitgeberverband@stv-koblenz.de  
[www.ghv-koblenz.de](http://www.ghv-koblenz.de)  
Vorsitzender Stephan Fincke  
Geschäftsführer Dr. Stefan Vomweg

# Pfalz

Verband Groß- und Außenhandel Verlage und Dienstleistungen  
Pfalz e.V. (GAD)

Ägyptenpfad 18, 67433 Neustadt  
06321 924240 info@grosshandel-pfalz.de  
gad@hv-süw.de  
[www.grosshandel-pfalz.de](http://www.grosshandel-pfalz.de)  
Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Scherer

# Sachsen

Landesverband des Sächsischen Groß- und Außenhandels/  
Dienstleistungen e.V. (SGA)

An der Frauenkirche 12 , 01067 Dresden  
0351 2527533 info@sgad.de  
[www.sgad.de](http://www.sgad.de)  
Präsidentin Franziska Scherf  
Geschäftsführer Karsten Zobel

# Sachsen-Anhalt

Landesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung  
Sachsen-Anhalt e.V. (LVGA)

Haeckelstraße 9, 39104 Magdeburg  
0391 2524143      info@lvga.de  
[www.lvga.de](http://www.lvga.de)  
Präsident                      Honorarkonsul Ralf Hesse  
Geschäftsführer              Philipp Neddermeyer

# Thüringen

Landesverband für Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen  
Thüringen e.V. (LGAD)

c/o RKW Thüringen  
Konrad-Zuse-Straße 15, 99099 Erfurt  
0391 2524143      info@lgad-thueringen.de  
[www.lgad-thueringen.de](http://www.lgad-thueringen.de)  
Präsident                      Dr. Thomas Könnecke  
Geschäftsführer              Philipp Neddermeyer

## Agrar

**DER AGRARHANDEL – Bundesverband Agrarhandel und Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V.**

*Geschäftsstelle Berlin*

Invalidenstraße 34, 10115 Berlin

030 27907410                      info@der-agrarhandel.de

[www.der-agrarhandel.de](http://www.der-agrarhandel.de)

Präsident                      Rainer Schuler

Geschäftsführer              Martin Courbier

*Geschäftsstelle Hamburg*

Adolphsplatz 1, Kontor 24, 20457 Hamburg

040 3698790                      info@der-agrarhandel.de

## Autoteile

**Gesamtverband Autoteile-Handel e.V. (GVA)**

Gothaer Straße 17, 40880 Ratingen

*Hauptstadtbüro:* Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin

02102 770770                      info@gva.de

[www.gva.de](http://www.gva.de)

1. Vorsitzender                      Thomas Vollmar

Geschäftsführer                      Dirk Scharmer

## Außenhandel

**Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V. (BDEx)**

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin

030 72625790                      contact@bdex.de

[www.bdex.de](http://www.bdex.de)

Vorsitzender                      Fritz Graf von der Schulenburg

Geschäftsführer                      Alexander Hoeckle

## Baustoff

### Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099576      info@bdb-bfh.de  
[www.bdb-bfh.de](http://www.bdb-bfh.de)  
Präsidentin              Katharina Metzger  
Hauptgeschäftsführer   Michael Hölker

## Blumen

### Verband des Deutschen Blumen-Groß- und Importhandels e.V. (BGI)

Zum Steigerhaus 14, 46117 Oberhausen  
0208 46839771      info@bgi-ev.de  
[www.bgi-ev.de](http://www.bgi-ev.de)  
Geschäftsführung      Andrea Kirchhoff  
Vorstandsmitglieder    Thomas Berthold  
                                  Christian Müller  
                                  Anja Schneider  
                                  Christian Willeke

## Cash and Carry- und Zustellgroßhandel

### GROSSHANDELSVERBAND FOODSERVICE e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099599      info@gvfoodservice.de  
[www.gvfoodservice.de](http://www.gvfoodservice.de)  
Vorsitzender            Dr. Wilhelm von Moers  
Geschäftsführer        Marcus Schwenke

# Chemie

## Verband Chemiehandel e.V. (VCH)

Große Neugasse 6, 50667 Köln  
0221 2581133      info@vch-online.de  
[www.vch-online.de](http://www.vch-online.de)  
Präsident              Christian Westphal  
Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied      Ralph Alberti  
Geschäftsführer      Michael Pätzold

# Dienstleistungsunternehmen

## Gesamtverband der Personaldienstleister e.V. (GVP)

*Geschäftsstelle Berlin*  
Universitätsstraße 2-3a, 10117 Berlin  
*Geschäftsstelle Münster*  
Fridtjof-Nansen-Weg 3a, 48155 Münster  
030 2060980      info@personaldienstleister.de  
[www.personaldienstleister.de](http://www.personaldienstleister.de)  
Präsident              Christian Baumann  
Hauptgeschäftsführer      Florian Swyter  
Stellv. Hauptgeschäftsführer: Dr. Martin Dreyer

## Bundesverband Deutscher Dienstleistungsunternehmen e.V. (BVD)

*Büro Köln:* Salierring 32, 50677 Köln  
0221 9977101  
*Büro Berlin:* Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin  
030 590099530      info@bvdddeutschland.de  
[www.bvdddeutschland.de](http://www.bvdddeutschland.de)  
Vorsitzender              Dr. Wilhelm von Moers  
Geschäftsführer              Michael Grütering

## Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (bevh)

Friedrichstraße 60, 10117 Berlin  
030 40367510      info@bevh.org  
[www.bevh.org](http://www.bevh.org)  
Präsident                      Gero Furchheim  
Hauptgeschäftsführer      Christoph Wenk-Fischer

## Verband Instore und Logistik Services e.V. (ILS)

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099545      info@ils-verband.de  
[www.ils-verband.de](http://www.ils-verband.de)  
Vorsitzender                      Stefan Krause  
Geschäftsführer                  Denis Henkel

# Eier, Wild- und Geflügel- wirtschaft

## EPEGA – Vereinigung der Eier-, Wild- und Geflügelwirtschaft e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099562      info@epega.org  
[www.epega.org](http://www.epega.org)  
Vorsitzender                      Dr. Klaus Berger  
Geschäftsführung                  Christine Amling  
   Sebastian Werren

## Elektro

### Bundesverband des Elektro-Großhandels e.V. (VEG)

Viktoriastraße 27, 53173 Bonn  
0228 227770 info@veg.de  
[www.veg.de](http://www.veg.de)  
Vorsitzender Ulrich Liedtke  
Hauptgeschäftsführer Dr. Hans Henning  
Geschäftsführer Darius Kremer

## Energie

### Deutscher Verband Flüssiggas e.V.

Stralauer Platz 33 - 34, 10243 Berlin  
030 2936710 info@dvfg.de  
[www.dvfg.de](http://www.dvfg.de)  
Vorstandsvorsitzender Jobst-Dietrich Diercks  
Hauptgeschäftsführer Dr. Andreas Stücke

## Farbe und Bodenbeläge

### Bundesverband Großhandel Heim & Farbe e.V.

Memeler Str. 30, 42781 Haan  
02129 557090 info@ghf-online.de  
[www.ghf-online.de](http://www.ghf-online.de)  
Vorstandsvorsitzender Frank-A. Kühnel  
Geschäftsführer Bert Bergfeld

# Finanzdienstleistungen

## Deutscher Factoring-Verband e.V.

Behrenstr. 73, 10117 Berlin  
030 20654654      hauptstadtbuero@factoring.de  
[www.factoring.de](http://www.factoring.de)  
Vorstandssprecher      Stefan Wagner  
Geschäftsführer      Dr. jur. Alexander Moseschus

## Verband der Vereine Creditreform e.V.

Hammerfelddamm 13, 41460 Neuss  
02131 1090      kontakt@creditreform.de  
[www.creditreform.de](http://www.creditreform.de)  
Präsident      Dr. Holger Bissel  
Hauptgeschäftsführer      Bernd Bütow

## Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU)

Friedrichstraße 55, 10117 Berlin  
030 20607360      bdiu@inkasso.de  
[www.inkasso.de](http://www.inkasso.de)  
Präsidentin      Anke Blietz-Weidmann  
Geschäftsführer      Dennis Stratmann

# Fleischwirtschaft

## Verband der Fleischwirtschaft e.V.

Adenauerallee 118, 53113 Bonn  
0228 914240      info@v-d-f.de  
[www.v-d-f.de](http://www.v-d-f.de)  
Vorsitzender      Martin Müller  
Hauptgeschäftsführer      Steffen Reiter

## Früchte

### Deutscher Fruchthandelsverband e.V.

Bergweg 6, 53225 Bonn  
0228 911450                      info@dfhv.de  
[www.dfhv.de](http://www.dfhv.de)  
Präsident                      Dieter Krauß  
Geschäftsführer              Dr. Andreas Brügger

## Getränke

### Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels e.V.

Monschauer Str. 7, 40549 Düsseldorf  
0211 683938                      info@bv-gfgh.de  
[www.bv-gfgh.de](http://www.bv-gfgh.de)  
Beiratsvorsitzender        Eric Boecken  
Geschäftsführender        Dirk Reinsberg  
Vorstand

## Haustechnik

### Deutscher Großhandelsverband Haustechnik e.V. (DG Haustechnik)

Viktoriastr. 27 A, 53173 Bonn  
0228 629050                      info@dg-haustechnik.de  
[www.dg-haustechnik.de](http://www.dg-haustechnik.de)  
1. Vorsitzender              Johannes M. Börner  
Hauptgeschäftsführer      Dr. Hans Henning  
Geschäftsführer              Achim Laubenthal



# WIR SPRENGEN FESSELN

## **Für fairen Wettbewerb, für bezahlbare Mobilität**

Zur Wahrung der Interessen des freien Marktes für Autoteile, seiner Marktakteure, Hunderttausenden von Mitarbeitern und Millionen Autofahrern:

- Markt-Liberalisierung
- Zugang zu Fahrzeugdaten
- Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen aller Art.

**GEMEINSAM SICHERN WIR ZUKUNFT**



## Häute, Leder

### Wirtschaftsverband Häute/Leder e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099559      whl@bga.de  
[whl-verband.de](http://whl-verband.de)  
Vorsitzender des  
Vorstands              Toni Baltes  
Geschäftsführer        Sebastian Werren

## Holz

### Gesamtverband Deutscher Holzhandel e.V. (GD Holz)

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 72625800      info@gdholz.de  
[www.gdholz.de](http://www.gdholz.de)  
Vorsitzender            Maximilian Habisreutinger  
Geschäftsführer        Thomas Goebel

## Jagd- und Sportwaffen

### Fachverband Groß- und Außenhandel mit Jagd- und Sportwaffen e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099542      stephanie.schmidt@bga.de  
Vorsitzender            Manfred Kind  
Geschäftsführerin      Stephanie Schmidt

# Kaffee

## Deutscher Kaffeeverband e.V.

Steinhöft 5-7, 20459 Hamburg  
040 37423610 info@kaffeeverband.de  
[www.kaffeeverband.de](http://www.kaffeeverband.de)  
Mitglieder im Vorstand Bent B. Dietrich  
Bernd Schopf  
Hauptgeschäftsführer Holger Preibisch  
Geschäftsführer Prof. Dr. Johannes Hielscher

# Krankenpflege- und Laborbedarf

## Verband des Groß- und Außenhandels für Krankenpflege- und Laborbedarf e.V. (VGKL)

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099585 info@vgkl.de  
[www.vgkl.de](http://www.vgkl.de)  
Vorstandsvorsitzender Markus Riemer  
Geschäftsführer Dr. Andreas Rademachers

# Kühllogistik

## Verband Deutscher Kühlhäuser und Kühllogistikunternehmen e.V. (VDKL)

Fränkische Straße 1, 53229 Bonn  
0228 201660 info@vdkl.de  
[www.vdkl.de](http://www.vdkl.de)  
Vorsitzender Falko Thomas  
Geschäftsführer RA Jan Peilnsteiner

# Metall

## Wirtschaftsverband Großhandel Metallhalbzeug e.V. (WGM)

Stargarder Str. 35, 10437 Berlin  
030 259373810      info@wgm.berlin  
[www.wgm.berlin](http://www.wgm.berlin)  
Vorsitzender      Roland Spahn  
Geschäftsführer      Nikolai Malanowski

# Nahrungsmittel

## Verband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
0171 4114976      vdn@bga.de  
Präsident      Dr. Wilhelm von Moers  
Hauptgeschäftsführer      Gerhard Handke

## Waren-Verein der Hamburger Börse e.V.

Große Bäckerstraße 4, 20095 Hamburg  
040 3747190      info@waren-verein.de  
[www.waren-verein.de](http://www.waren-verein.de)  
Vorsitzender      Frank-Christoph Rump  
Geschäftsführerin      Jeanette Gonnermann

# Pharma

## PHAGRO - Bundesverband des pharmazeutischen Großhandels e.V.

Französische Straße 12, 10117 Berlin  
030 20188448      phagro@phagro.de  
[www.phagro.de](http://www.phagro.de)  
Vorsitzender      Marcus Freitag  
Geschäftsführer      Thomas Porstner  
Michael Dammann



# Tabak

**Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und  
Automatenaufsteller e.V. (BDTA)**

Konrad-Zuse-Ring 4, 41179 Mönchengladbach  
02161 4624400 info@bdta.de

[www.bdta.de](http://www.bdta.de)

1. Vorsitzender Dr. Michael Reisen-Hall  
Geschäftsführer Matthias Junkers

# Verschnürungs- und Verpackungsmittel

**Bundesverband Verschnürungs- und Verpackungsmittel e.V. (BVV)**

Eisentalstraße 35 , 71332 Waiblingen  
07151 969120 hans-peter.kirsch@bv-verpackung.de

[www.bv-verpackung.de](http://www.bv-verpackung.de)

Vorsitzender Hans-Peter Kirsch

# Werbeartikel

**Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft e.V. (GWW)**

Europaallee 37, 50226 Frechen  
02234 379060 r.samuel@gww.de

[www.gww.de](http://www.gww.de)

Vorstandsvorsitzender Frank Jansen  
Geschäftsführer Ralf Samuel

## VGA

### Versicherungskonzepte für Handel und Dienstleister

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 59009990      info@vga.de  
[www.vga.de](http://www.vga.de)  
Geschäftsführer      Andreas Möbius

## BBG

### Bundesbetriebsberatungsstelle GmbH

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099560      info@betriebsberatungsstelle.de  
[www.betriebsberatungsstelle.de](http://www.betriebsberatungsstelle.de)  
Geschäftsführer      Michael Alber

## DAHD

### Bildungszentrum Groß- und Außenhandel

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099542      info@dahd.de  
[www.dahd.de](http://www.dahd.de)  
Geschäftsführer      Michael Alber

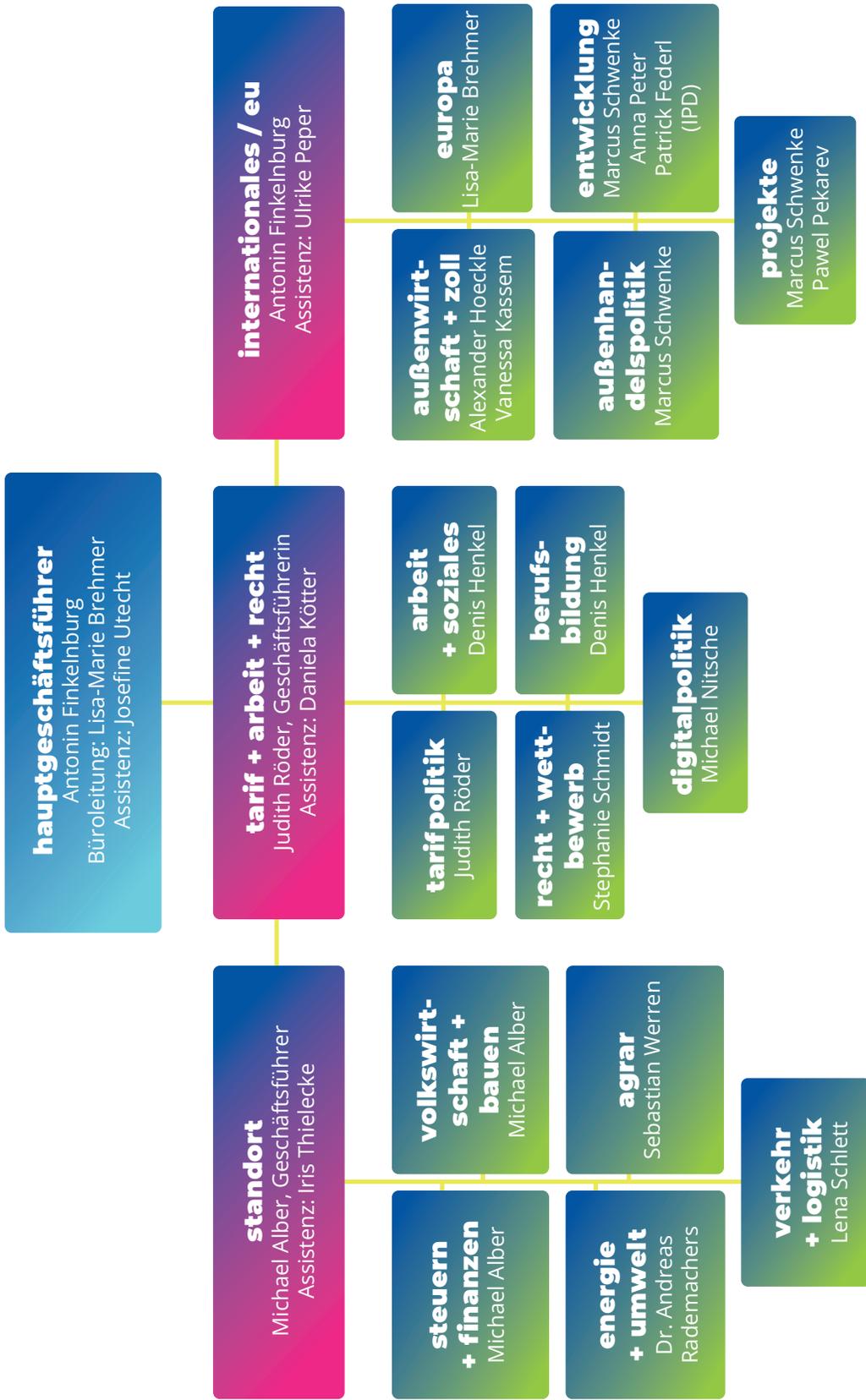
## ForveG

### Forschungsvereinigung Großhandel e.V.

Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 590099588      info@forveg.de  
[www.forveg.de](http://www.forveg.de)  
Vorsitzender      Till Blässinger  
Geschäftsführer      Michael Nitsche

# team





# team



**Michael Alber**  
Geschäftsführer



**Mandy Beitz**  
DAHD



**Lisa-Marie Brehmer**  
Büroleiterin + Abteilungsleiterin Europa



**Patrick Federl**  
Referent Importförderung im Auftrag  
des Import Promotion Desk (IPD)



**Antonin Finkelnburg**  
Hauptgeschäftsführer



**Katja Hänel**  
IT



**Denis Henkel**  
Arbeits- und Sozialrecht + Berufsbildung



**Alexander Hoeckle**  
Abteilungsleiter Außenwirtschaft + Zoll



**Nadin Hübner**  
Assistentin



**Vanessa Kassem**  
Referentin Außenwirtschaft + Zoll + Europa



**Daniela Kötter**  
Assistentin



**Geraldine Lempart**  
Grafikerin + Assistentin



**Michael Nitsche**  
Abteilungsleiter Digitalpolitik



**Pawel Pekarev**  
Referent Projekte



**Ulrike Peper**  
Assistentin



**Anna Peter**  
Business Scout for Development, Agentur für  
Wirtschaft und Entwicklung im Auftrag des BMZ



**Dr. Andreas Rademachers**  
Abteilungsleiter Energie + Umwelt



**Judith Röder**  
Geschäftsführerin



**Frederike Röseler**  
Kommunikation



**Iris von Rottenburg**  
Stellv. Abteilungsleiterin Kommunikation



**Lena Schlett**  
Referentin Verkehr + Logistik



**Stephanie Schmidt**  
Justiziarin + Abteilungsleiterin Recht und  
Wettbewerb



**Romy Scholz**  
Buchhaltung



**Marcus Schwenke**  
Abteilungsleiter Außenhandelspolitik  
+ Importförderung + EZ/Projekte



**Iris Thielecke**  
Assistentin



**Ronny Uschner**  
Veranstaltungen



**Josefine Utecht**  
Assistentin Präsident  
+ Hauptgeschäftsführer



**Sebastian Werren**  
Abteilungsleiter Agrar-  
+ Ernährungswirtschaft

## Herausgeber

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Verbändehaus Handel Dienstleistung Tourismus  
Am Weidendamm 1 a, 10117 Berlin  
030 59 00 99 50      info@bga.de  
www.bga.de

## Verantwortlich für Inhalt und Redaktion (V.i.S.d.P.)

Iris von Rottenburg      iris.vonrottenburg@bga.de  
Frederike Röseler      frederike.roeseler@bga.de

## Gestaltung und Reinzeichnung

Geraldine Lempart      geraldine.lempart@bga.de

## Druck

spreedruck Berlin

# Bildnachweise

iStock  
Christian Lietzmann  
Marko Bußmann  
Seite 19: DAHD  
Seite 24: GVP  
Seiten 27: Biofach  
Seite 29: IPD  
Seite 50: RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und  
Kennzeichnung e.V.  
Fotoseiten 62 - 65: BGA-Bildarchiv  
Seite 87: Christopher Mars  
Seite 90: Business Scouts for Development, Hanna Herzog

# Quellen

Grafiken: BGA-Kommunikation  
Grafik 1, Seite 11: Prognose, IAB, 2023  
Grafik 2, Seite 11: Statista  
Grafiken Seite 25: GVP, Bundesagentur für Arbeit  
Grafik Seite 33: ISNM  
Grafik Seiten 46 u. 47: Verband der Vereine Creditreform e.V.

Redaktionsschluss: 12.08.2024

In Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen.  
Wir danken für die Gastbeiträge.

Vorgelegt anlässlich der BGA-Mitgliederversammlung 2024.

Werden Personenbezeichnungen aus Gründen der besseren Lesbarkeit lediglich in der männlichen oder weiblichen Form verwendet, so schließt dies die anderen Geschlechter mit ein.